



Arbeiterdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Kč 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

2. Jahrgang.

Freitag, 17. November 1922.

Nr. 270.

Der hakenkreuzlerische Vorstoß.

Ueber die wahren Beweggründe des studentischen Gewaltstreikes gegen die Freiheit der Universität beginnt sich eine wohlthuende Klarheit zu verbreiten. Es wird immer sichtbar, daß sich hinter der Stellungnahme gegen den jüdischen Rektor an der Prager Universität ein Vorstoß der Reaktion verbirgt. Die deutsch-arischen Studenten, das ist die Gruppierung von deutschnationalen und christlichsozialen, dienen dabei als Sturmtruppe, doch kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die Drahtzieher und Arrangeure der Bewegung in den Leitungen dieser politischen Parteien zu suchen sind. Aber es ist nicht die deutsche Reaktion allein, für die die Studenten den Streik und die gewaltsame Verhinderung ins Werk gesetzt haben. Auch die tschechischen Rädelsführer begleiten die faschistische Tat der Deutsch-Arischen mit unverholener Sympathie. Man brauchte gestern nur die tschechischbürgerliche Presse zu lesen, um an der auffallenden Zurückhaltung, deren sie sich gegenüber dem hakenkreuzlerischen Terror bedienten, zu erkennen, welches Wohlwollen sie den deutschnationalen und Merkmalen Radaubrüdern entgegenbringt. Auf die tschechischnationalen wirkt sonst jeder Korpsstudent, jede Studententafel, ja, jeder „Schmiff“ im Gesicht eines dieser Studenten aufreizend wie das rote Tuch. Nun befehlt unter Führung einiger einens zu diesem Zweck aus München herbeigeeilte hakenkreuzlerisch-monarchistische Studenten eine Horde dieser mit Knütteln und Schlagringen bewaffneter „Deutsch-Arischer“ die Universitätsgebäude und Institute, doch in der tschechischbürgerlichen Presse ist kaum ein lautes Wort über diesen frechen Anschlag zu lesen. Was sich an der Prager deutschen Universität abspielt, ist der Ausfluß des Geistes der Orgesch, der bayrischen nationalsozialistischen Heimwehren und der Papp-Butschisten, ein Geist, dessen Erscheinungen die tschechischnationalen sonst stets in gelinde Majerei verkehrt. Welches Wunder nun, daß die tschechischnationale Presse gegenüber der Vubentat der hakenkreuzlerischen Jugend an der Prager deutschen Universität kein kritisches Wort findet, welches unverhaltene Wohlwollen die tschechischbürgerliche Presse noch dadurch gesteigert zum Ausdruck bringt, daß sie die deutschnationalen Studenten in ruhm-vollen Gegenfah zu den tschechischen Studenten stellt, die leider nicht so schneidig seien, mit den Juden aufzuräumen.

Die Solidarität der tschechischbürgerlichen Presse, die in ihrer wohlwollenden und verständnisvollen „Neutralität“ zum Ausdruck kommt, stammt nicht von ungefähr. Die deutsch-arischen Hakenkreuzler haben sich vielmehr um die Herstellung dieser deutsch-tschechischen Einheitsfront der Reaktion eifrig bemüht, und wie man sieht, mit gutem Erfolg. Die Gegensätze des beiderseitigen nationalen Hasses scheinen unüberbrückbar zu sein, doch die Kluft zwischen den deutschnationalen und tschechischnationalen Reaktionen ist nicht so groß, daß sie sich nicht in gleichen Geiste und Ziele finden würden. Es ist für die Vorgeschichte dieser Allianz nicht uninteressant, daß im deutschgelben „Tag“ schon im März des laufenden Jahres unter dem Titel „Ein offenes Wort an das tschechische Volk“, aus der Feder des Herr Dr. Walter Nischl in Wien erschien, in welchem der Zusammenstoß der „arischen Volkes gegen das jüdische Ausbeutertum“ gepredigt wurde. Herr Dr. Nischl bemühte sich damals, den tschechischnationalen auseinanderzusetzen, daß die Deutschgelben eigentlich gar keine so bösen Feinde des tschechischen Volkes seien, und daß sie schon längst bereit gewesen wären, mit dem „lebenskräftigen, fleißigen, gesunden und nationalen“ tschechischen Volke eine weitgehende nationale Autonomie zu erstreben; sei hier der Gegenfah kein so besonders großer, so sei dafür das einigende Moment ein umso größeres, denn beide Nationen hätten einen „gemeinsamen Feind ihrer Eigenart“, und darum sei es höchste Zeit, sich zusammenzuschließen. Der Antisemitismus sollte deutsche und tschechische Hakenkreuzler einigen,

Großer Wahltag der englischen Arbeiter.

Bisher 140 Mandate.

Um 10 Uhr nachts meldet Reuter folgendes vorläufige Ergebnis der englischen Parlamentswahlen: Konservative 343, Nationalliberale 52, Liberale 57, Arbeiterpartei 140, die Unabhängigen 13 Mandate. In zehn Fällen sind Resultate noch nicht bekannt. (Siehe auch Seite 3.)

Die Internationalität der deutschen und der tschechischen Reaktion.

Die Hakenkreuzler buhlen um die Sympathien der tschechischen Chauvinisten. — Die Deutschbolschewiken appellieren an den Haß der tschechischen Reaktionäre.

Die deutsch-arischen Hochschüler, eine kleine Minderheit innerhalb der deutschen Studentenschaft Prags, haben es sich, verheißt durch die Phrasen der deutschnationalen Politiker, zum Ziele gesetzt, auch ihrerseits zu beweisen, daß sie gewillt sind, die wahren Interessen des deutschen Volkes niederzukämpfen und ihre erste Tat, unter dem Banner des Antisemitismus der Reaktion zu dienen, soll die Entsetzung des jüdischen Rektors sein. Bei dieser Gelegenheit nun haben die hakenkreuzlerischen Studenten und damit das gesamte deutschnationale Bürgertum den schlagendsten Beweis geliefert, daß in ihren Köpfen und Mäulern alles Phrasen ist, doch ihnen auch ihr töndendes Bekenntnis zum Deutschtum, für das sie die Bevölkerung in jeden Kampf hineinziehen möchten, nichts anderes ist, als der Vorwand, unter dem das deutsche Bürgertum sich als Vorkämpfer der internationalen Reaktion zu verbergen sucht. Von welcher Gewissenlosigkeit und Charakterlosigkeit diese Hakenkreuzler erfüllt sind, die heute die Wortführer des deutschen Bürgertums spielen, beweist unwiderleglich folgende Tatsache:

Abordnungen der streikenden deutschbolschewischen Studenten erschienen vorgestern in den Redaktionen aller Prager tschechischen Zeitungen, um dort klarzumachen, daß ihre Sache auch die Sache der Tschechen sei. Was heute der deutschen Universität zugemutet wird, — nämlich der jüdische Rektor — das könne morgen der tschechischen Universität passieren und darum wäre es also Sache der Tschechen, die deutsch-arische Studentenschaft in ihrem Kampfe gegen den jüdischen Rektor zu unterstützen.

Der größte Teil der tschechischen Presse hat diese Vorfälle bisher unterdrückt. Nur der „Cech“, das Hauptorgan des tschechischen Volkstums und der tschechischen Chauvinisten, weilt, ohne sich irgend eine Maske vorzubängen, in seiner gestrigen Nummer den Bericht mit, den ihm der

Streikausschuß der deutschbolschewischen Studentenschaft erstattete. Dieser Bericht lautet:

„Die deutsche Studentenschaft teilt über die Begebenheiten an der deutschen Universität in Prag mit, daß die deutsche Studentenschaft nur gegen die Person des jüdischen Professors Samuel Steinberg, der zum Rektor der deutschen Universität in Prag gewählt wurde, ihren Streik richtet. Der Streik ist nur ein Mittel, um Professor Steinberg zum Rücktritt zu bewegen. Was heute der deutschen Universität geschehen ist, kann morgen der tschechischen passieren. In diesem Sinne erwarten wir, die Zustimmung des tschechischen Volkes. — Die Mitteilung des „Prager Abendblattes“ vom 15. November, die im jüdischen Geiste geschrieben ist, und besagt, daß der Streik halber in Prag acht Brüder und 20 reichsdeutsche Hochschüler anwesend sind, ist eine Lüge und hat sicherlich nur den Zweck, die tschechische Öffentlichkeit gegen uns aufzuheben. Wir hoffen, daß dies dem deutsch-jüdischen Wagt nicht gelingen wird.“

Im Parlament und in der Presse, in Versammlungen und bei jeder anderen Gelegenheit wird seit einigen Wochen von der „Kampfgemeinschaft“ der Vereinigung der Deutschnationalen mit und ohne „sozialistischem“ Anhängsel, der rücksichtsloseste Kampf gegen den tschechischen Nationalismus angekündigt. Den Lodgman und Knirsch ist heute mehr als je kein Mittel zu schlecht, das dazu dient, die Gegensätze, zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volke noch mehr bloßzulegen, und zu verschärfen. Durch eine wüste nationalistische Hetze sollen die niedrigsten Instinkte in gewissen Schichten der deutschen Bevölkerung gegen alles Tschechische aufgestockelt werden. Wenn man den Worten der Hakenkreuzler traut, soll es zwischen den beiden Völkern keine Gemeinschaft, keine Verhandlungsmöglichkeit, keinen gemeinsamen Weg und kein gemeinsames Ziel geben.

So also sieht der deutsche Nationalismus aus! Seine begeisterten Träger laufen in die tschechischen Redaktionen, um ihre Hilfe für die „gemeinsame Sache“ zu erbitten! Es gibt kein Wort, das die Niedrigkeit und Schamlosigkeit dieser Tat ausreichend kennzeichnen würde! Das deklamiert von „deutscher Treue“ und „deutschem Mute“, das geifert über „nationalen Verrat“, wenn sich deutsche und tschechische Arbeiter zum Kampfe gegen das Ausbeutertum zusammenschließen, und während die Kehlen dieser Unentwegten vom Heilschreien und vom Schimpfen über die Tschechen noch heiser sind, laufen sie in die Redaktionen der ärgsten tschechischnationalen Heftzeitungen, um ihre Solidarität zu erlangen! Wie in allem, so erweist es sich auch hier wieder, daß niemand leichter bereit ist, Deutschtum und Ehre zu opfern, wenn es die Ziele der Reaktion zu fördern gilt, als die Deutschnationalen. Welche Unverschämtheit und Schamlosigkeit, wenn man bedenkt, daß dieselben Leute noch vorgestern in einem Aufrufe davon sprachen, daß die „deutsche Heimat“ erwartungsvoll auf die streikenden Studenten blicke. Die „deutsche Heimat“ wird nun vor den in den tschechischnationalen Redaktionen antichambrierenden deutsch-arischen Bittstellern mit bitterer Verachtung ausgespuckt!

Leider scheint der akademische Senat vor dem Terror der streikenden Studenten zurückweichen zu wollen. Anstatt die vielberufene akademische Freiheit, aus der die studentischen

Durch den im „Cech“ veröffentlichten Bericht der streikenden deutsch-arischen Studentenschaft wird nun klarer, als dies jemals geschah, die ganze Verlogenheit der deutschnationalen Politik, die demagogische Gewissenlosigkeit entlarvt, mit der die deutschnationalen Radaubrüdern, die akademischen wie die nichtakademischen, die nationalen Gegensätze nur dazu ausbeuten, um im Trüben fischen zu können, um aus den Folgen der gegenseitigen Verheerung die Reaktion, das Bürgertum, den Geldsack gewinnen zu lassen, um über den Köpfen der national verheerten Völker hinweg die internationale Reaktion der Bourgeoisie triumphieren zu lassen. Die hakenkreuzlerischen Studenten, also der Nachwuchs und die gehorsamen Schüler der deutschnationalen Tschechenpresse, appellieren an das tschechische Volk, das heißt an die in der indifferenten Masse lebenden niedrigen Instinkte, um Unterstützung in ihrem Kampfe gegen den jüdischen Rektor, in einem Kampfe der doch nur der Mantel für die reaktionären Bestrebungen ist, die Kulturgüter und auch alle anderen Güter der Nationen wieder ganz unter die Herrschaft des konterrevolutionären Bürgertums zu bringen. Aus Furcht vor der tschechischen Arbeiterschaft, die so wenig wie das deutsche Proletariat gewillt ist, dem Treiben der deutschen Faschisten ruhig zuzusehen, reden die Deutschnationalen den Tschechischnationalen ins Gewissen, sie mögen doch Bedacht darauf nehmen, daß die Interessen beider im Grunde dieselben sind. Den bekannten Goethe'schen Satz variierend, kann man sagen: „Ein echter Deutscher mag seinen Tschechen leiden, doch ihre Hilfe nimmt er gerne“, ihre Hilfe, das heißt die Hilfe des tschechischen reaktionären Bürgertums im Kampfe und Terror der Deutschen antisemitischen und chauvinistischen Gegenrevolutionäre.

Der Bittgang der Hakenkreuzler bei der tschechischen reaktionären Presse muß für die Arbeiterschaft ein aufreizender Appell sein, auf der Suche zu setzen und gemeinsam die gemeinsamen Interessen des internationalen Proletariats zu verteidigen. Hinter dem Antisemitismus, hinter dem Nationalismus des deutschen wie des tschechischen Bürgerthums verbirgt sich das gemeinsame Geldgierinteresse der Bourgeoisie. Tschechisches und deutsches Bürgertum kennen in Wahrheit kein anderes Ziel, als in ihrer Kampfgemeinschaft der Arbeiterschaft alle Güter vorzuenthalten und zu rauben. Die geistige und die wirtschaftliche Unterdrückung und Entrechtung des Proletariats aller Nationen ist das gemeinsame Interesse der internationalen Bourgeoisie. Gegen diese Kampfgemeinschaft der Reaktion muß wie ein eherner Wall die unüberwindbare Front der internationalen sozialistischen Arbeiterschaft stehen.

Intervent on der deutschen Sozialdemokraten beim akademischen Senat.

Im Auftrage des Klubs der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei holten heute nachmittags die Abgeordneten C e r-

Hakenkreuzler eine Affenfreiheit gemacht haben, dadurch zu wahren, daß der Senat die Vorgänge auf das entschiedenste beurteilt und schleunigst Vorsorge für die Wiederaufnahme der Vorlesungen trifft, will er mutvoll unterkriechen und den Rektor opfern, um die zürnenden Bürgerschaft vom Hakenkreuz zu bejähigen. Die Vorlesungen sollen wohl in nächster Zeit wieder aufgenommen werden, doch einige Tage später soll Rektor Dr. Steinberg zurücktreten, wodurch der akademische Senat seine „Autorität“ genügend gewahrt erachtet. Wenn, wie bei der Anwesenheit des deutschen freisinnigen Bürgertums stark zu glauben ist, dies richtig sein sollte, dann wird es für die nichthakenkreuzlerische deutsche Bevölkerung an der Zeit sein, die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung des mittelalterlichen Privilegs, das sich „akademische Freiheit“ nennt, einmal gründlich zu überdenken. Der schändliche Mißbrauch, den die Deutsch-Arischer unter Förderung mancher Professoren, damit treiben, macht die Abschaffung eines solchen, in der heutigen Zeit durch nichts begründeten Privilegs, geradezu unausweichlich. Erkennt die Hakenkreuzlerische nicht rechtzeitig, daß die Universität dem Volke gehört, und daß sie nicht die Bruststätte der Reaktion sein darf, so wird es ihre Schuld sein, wenn für die Beseitigung aller Sonderprivilegien der Kampf entbrennt und auch die Universität dem zurückgegeben wird, dem sie gehört: dem Volke!

maß und Grünzner beim akademischen Senat der deutschen Universität Erlangen darüber ein, in welcher Weise der Senat dafür vorgesorgt hat, daß die Vorlesungen sofort wieder aufgenommen und ungestört fortgeführt werden können. Ueber das Ergebnis der Beratungen berichteten die genannten Genossen dem Klubvorsitz, der beschloß, im Einvernehmen mit den sozialistischen Akademikern morgen über die Stellungnahme der Partei weiterhin vorzugehen. Die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei protestieren auf das energischste dagegen, daß die Universität, die ein Gut des gesamten deutschen Volkes ist, zum Zummelplatz deutsch-nationaler Studentenstrawle mißbraucht wird. Der Klubvorsitz bedauert, daß es der akademische Senat unterlassen hat, diese traurigen Vorgänge öffentlich zu verurteilen. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten fordert die sofortige Aufnahme der Vorlesungen und entschiedene Abwehr des deutsch-nationalen Terrorismus gegen die Lehr- und Lernfreiheit. Der Klub der Abgeordneten wird in seiner morgigen Sitzung darüber zu beschließen haben, welche weiteren Schritte unternommen werden sollen.

Eine Kundgebung der sozialistischen Akademiker.

Die Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschulen in Prag übermittelte uns folgende Kundgebung: 1. Die deutsch-nationalen Studenten haben bisher und vermutlich auch dauernd ungestraft, die akademischen Gesetze mit Füßen getreten. 2. Die deutschen Professoren sind ihrem mit Stimmmehrheit gewählten Rektor in den Rücken gefallen. 3. Der Betrieb der Universität kann im Handumdrehen durch jede Studentengruppe, die über Bruchialgewalt verfügt, unterbrochen werden. Daraus folgt für uns, daß auch wir nicht mehr an die akademischen Gesetze gebunden sind als die anderen, daß wir mit der Unbeständigkeit des Senates rechnen müssen und daß wir im Kampfe gegen die Reaktion an der Hochschule nach wie vor bloß auf uns und unsere Bestimmungsgenossen angewiesen sind.

Die Deutsch-Arier haben die Besetzung aufgegeben.

Der gestrige Tag verlief im ganzen auf der Universität ruhig, da durch den Beschluß des Senats alle Vorlesungen sistiert worden sind. Die Deutsch-nationalen hielten bis Mittag noch alle Universitätsgebäude besetzt. Zu Schlägereien kam es nur im Karolinum, wo Jüdischnationale die Streikwache herausriefen und auf der Gasse abwehrten. Im Gebäude selbst kam es dann einige Male zu Zusammenstößen, wobei die „Pölkischen“ infolge ihrer Uebermacht „Sieger“ blieben. Die Streikposten wurden bei ihrer „Arbeit“ aus der Studentenküche in der „Germania“ verpflegt. Von den anderen Instituten kam es im Laufe des Vormittags zu Ansammlungen, die aber von der Polizei zerstreut wurden. Der „arischen“ Studentenfähigkeit wurde vom Senate eine Frist bis 12 Uhr mittags gegeben, die Besetzung aufzugeben. Erst gegen ein Uhr entschlossen sich die Streikenden, die Streikwachen überall zurückzuziehen, nachdem die vom Senate eingesetzte Kommission beschlossen hatte, vor der Räumung der Universität keine Sitzung abzuhalten. Am Nachmittag waren sämtliche Gebäude von Streikposten frei.

Im Laufe des gestrigen Vormittags haben Vertreter der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker“, der „Halle“ und der „Jüdischen Mediziner“ bei Unterrichtsminister Böhme vorgesprochen, um die Freigabe der Universität zu erwirken. Am Nachmittag fand eine Sitzung der kommunizistischen Abgeordneten statt, die sich mit der Lage an der Universität befaßte. Gestern Nachmittag hielten weiter alle nichtstreikenden Studenten Versammlungen ab, um Beschlüsse für das weitere Vorgehen zu fassen. In diesen Versammlungen erschienen Regierungsvertreter und Polizisten, um festzustellen, ob in diesen Versammlungen nicht Mittelschüler oder fremde Hochschüler anwesend sind. Nachdem sie sich vom Gegenteil überzeugt hatten, verließen sie die Versammlungen.

Geld wie Mist.

Die österreichische Banknotenscheisse hört nicht auf, Noten, Noten, Noten zu schießen. Mürzlich erst erschienen die Lesterröcher unter der Schreckensnachricht, daß sie nun schon so glücklich sind, über einen Banknotenumlauf von mehr als einer Billion Kronen zu verfügen. Da der Papierwollbruch stündlich zunimmt, sind wir natürlich seither schon wieder um einen papierernen Milliardenberg „reicher“ geworden. Die Wellen der Geldbilldelstut hegen uns nun schon bis an die Gurgel und wir sehen leidtragend an dem Krankenlager der Krone, die von einer Agonie in die andere fällt. Im Rausch der papierernen Billionen, die Tag um Tag Milliarden Junge wirft, kommt der wienertische Galgenhumor auf die verwegenen Ideen. Nun meinte er sogar, ob Herr Segur der ewig schwanger gehenden Rotenpreise die Gebärdarbeit nicht erleichtern könnte, wenn er durch eine verzwälfelte Verordnung einfach den — häuslichen Banknotendruck freibe. Tausel, Tausel, es ist verlockend, diesen lustigen Gedanken ein wenig auszuloten! Wenn ein Kilogramm Kartoffeln auch bald dreitausend Kronen kosten wird — was liegt daran, wenn jeglicher Familienvater neben dem Nachtstafel die eigene Geldmaschine stehen hat! Einen Streifen Papier in das Banknotenscheisse eingeworfen, ein paar Dutzend Drehungen an der geldspendenden Kurbel und man ist in der angenehmen Lage, einen prallen Rucksack voll Bank-

Die Neubildung der deutschen Regierung.

„Hapag“-Direktor Cuno soll die Kabinettsbildung übernehmen.

Berlin, 16. November. (Eigenbericht). Der heutige Tag der Regierungskrise war dem Versuch der Bildung eines sogenannten „Kabinetts der Persönlichkeiten“ gewidmet. Als Reichskanzler ist Direktor Cuno in Aussicht genommen. Er hat bereits den Auftrag zur Bildung des Kabinetts erhalten.

Cuno steht an der Spitze der Hamburg-Amerika-Schiffahrts-Gesellschaft. Ursprünglich war er in Reichsdiensten, trat aber 1917 in den Dienst der „Hapag“ über und wurde nach dem Tode Albert Ballins Generaldirektor. Er gehörte früher der deutschen Volkspartei an, ist aber nach dem Kapp-Putsch aus der Partei ausgetreten, da sie zu wenig scharf gegen Kapp auftrat.

Generaldirektor Cuno ist bereits in Berlin eingetroffen und hat mit dem Reichspräsidenten wegen der Kabinettsbildung verhandelt. Auch mit den Parteiführern wurden bereits Unterhandlungen wegen der Kabinettsbildung Cunos gepflogen. Allgemein besteht die Absicht, die Krise zu beenden, besonders im Hinblick darauf, daß die Reparationskommission die Verhandlungen über die letzte Note vertagt hat und neugebildet wird. Was von bürgerlicher Seite zur Stellung der Sozialdemokratie zur Kanzlerfrage gemeldet wird, beruht auf Mutmaßungen. Die

Fraktion hat heute abends über die Lage eingehend beraten, bestimmte Beschlüsse sind aber nicht gefaßt worden, da eine Aufforderung zur Beteiligung an der Kabinettsbildung an die Sozialdemokratie nicht ergangen ist. Die Sozialdemokraten werden ihre Haltung gegenüber Cuno davon abhängig machen, welches Programm die neue Regierung dem Reichstag vorlegen will und wie sie es durchführen wird. Ueber die Zusammenfügung des Kabinetts Cuno ist noch nichts bestimmtes bekannt, insbesondere steht nicht fest, welche Ministerposten von Sozialdemokraten besetzt werden sollen. Bei den Besprechungen mit den Parteiführern hat Cuno seinen Zweifel darüber gelassen, daß er auf die Mitarbeit der Sozialdemokraten Wert legt und ohne sie sein Kabinetts bilden wird. Cuno steht in der Reparationsfrage auf dem Standpunkt der letzten Note, die von der Mehrheit des Reichstags getragen wird und beabsichtigt, im Eventualfalle nach Möglichkeit auch die Unterstützung der Industrie zu erhalten. Offiziell hat Cuno die Regierungsbildung bis heute Abend nicht übernommen. Er erklärte, sich im Laufe des Abends entscheiden zu wollen. Das neue Kabinetts soll sich, wenn möglich, noch diese Woche dem Reichstag vorstellen.

Abgeordnetenhaus.

Nach Erledigung des Arbeitslosenkredits ging das Haus in die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag ein. Im Verlaufe der Debatte kam für unsere Partei Abgeordneter Genosse Hadenberg zu Worte, der in zweifelhafte Rede außer den eigentlichen budgetären Fragen auch die Ablehnung des Antrages auf Einsetzung eines Rationalitätsausschusses und die Vorfälle bei der Prager deutschen Universität behandelte. Bemerkenswert war auch, daß der Sprecher der tschechischen Sozialdemokraten, Abgeordneter Nemeč, Kritik an der Politik Raschins und an den agrarischen Maßnahmen dieses Staates übte. Nicht unerwähnt möge bleiben, daß der Rede des Abgeordneten Trnobransky, der bekanntlich dem linken Flügel der nationalsozialistischen Partei angehört, fast ausschließlich Mitglieder dieser Richtung und — Kommunisten zuhörten. Diese Tatsache erregte unter den Koalitionsparteien ziemliches Aufsehen.

Beginn der Budgetdebatte.

Der Vorsitzende Tomazek eröffnete die Sitzung um halb 11 Uhr vormittags. Zunächst wurden in zweiter Lesung der Arbeitslosenkredit angenommen und einige formale Angelegenheiten erledigt. Sodann schritt das Haus zur Verhandlung des Finanzgesetzes für das Jahr 1923.

Generalberichterstatter Abg. Erdinko

weist auf die Hauptziffern des Voranschlages hin. Die Ausgaben betragen 19.371.030.639 K, die Einnahmen 18.812.990.800 K, die Investitionen werden mit 2.999.777.000 K veranschlagt. Aus diesen Ziffern geht das Defizit hervor, doch betrachten wir das Budget der letzten drei Jahre, so sehen wir, daß das Defizit immer kleiner wird. Der Staat werde trachten, die Ausgaben weiter herabzusetzen. Redner erwähnt dann den Rechnungsabschluss für das Jahr 1919. Aus diesem gehe hervor, daß gegenüber dem Budgetdefizit dieses Jahres von 4,9 Milliarden der Staatshaushalt ein tatsächliches Defizit von 2,7 Milliarden, daß ist um 2,1 Milliarden weniger, gezeigt habe. Redner wünscht

weiter, daß zu der nächstjährigen Budgetdebatte eine längere Zeit zur Verfügung stehe, als dies bisher der Fall sei. Nach eingehender Besprechung der einzelnen Budgetposten geht der Berichterstatter auf die Handelsbilanz über. Es werde in Zukunft nötig sein, mehr Halb- als Fertigfabrikate auszuführen und weniger Rohstoffe. Im Jahre 1919 wurden 260 Millionen Kronen für Arbeitslosenunterstützungen, im Jahre 1920 94 Millionen Kronen, im Jahre 1921 76 Millionen Kronen und im Jahre 1922 88 Millionen Kronen (bis Ende August) ausgezahlt. Redner setzt sich für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ein und meint schließlich, daß man einen Mittelweg zwischen schützöllnerischer Politik und Freiheit des Handels finden müsse.

Als erster Debatteredner spricht Abg. Madratel (tsch. fortshr. Soz.). In der ganzen Welt gibt es — sagt Redner u. a. — nicht so hohe Steuern und Verkehrsstarke, wie bei uns. Es ist natürlich, daß wir unter diesen Umständen nicht auf den Weltmärkten konkurrieren können. Mit Rücksicht darauf, daß das Budget gesunden volkswirtschaftlichen Grundfassen nicht entspricht, wird die Partei des Redners contra stimmen.

Abg. Dr. Hofel (tsch. Volksp.) sieht die Lage des Staates in rosigstem Lichte und schließt mit der Konstatierung, daß sich die Verhältnisse bei uns Schritt für Schritt bessern.

Abg. Dr. W. Felerfeit (d. Christl.-Soz.) erklärt namens seines Klubs, daß er den Staatsvoranschlag ablehnt, weil er auch zu der jetzigen Regierung kein Vertrauen habe. Es ist seine solche Aenderung eingetreten, welche Veranlassung geben würde, das bisherige Verhältnis zur Regierung zu ändern. Solange der Staat auf dem Grundriss beharrt, daß die Friedensverträge unabänderlich sind und solange an dem Irrtum festgehalten wird, daß dieser Staat ein Nationalstaat ist und solange den gegenwärtigen Machtverhältnissen als nächstes Ziel vorschwebt, das tschechische Gebiet von Böhmen zu durchsetzen und es zu vernichten, solange ist die Stellung der Deutschen gegeben.

Abg. Dubichy (tsch. Agr.) wünscht die rascheste Vorlegung der Rechnungsabschlüsse auch für das Jahr 1920 und 1921. Die Steuerlast ist unerträglich und muß abgebaut werden; die Vermögensabgabe sollte novelliert werden.

Der Vizepräsident Votto ruft den Abg. Dr. Felerfeit nachträglich zur Ordnung, weil dieser von einer ränderischen Politik Frankreichs gegen Deutschland gesprochen hatte.

Abg. Dr. Raska (d. dem. Frp.) sagte u. a.: Ich sehe keinen Weg eine steigende Konsolidierung und den Beweis dieser Konsolidierung in diesem Kabinetts, sondern in dem Kabinetts sehe ich das Eingeständnis, daß die Koalition mit allen Mitteln aufrechterhalten werden soll. Das zweite Moment ist, daß wir von der Regierung einen steigenden Einfluß der nationaldemokratischen Einstellung erblicken. Das eigentümliche dieser Regierung ist, daß sich die national-politische Einstellung nicht auf einer mittleren Linie bewegt, sondern bestimmt wird nach der Stellungnahme der extremsten Gruppe. Redner schloß: In unseren Reihen gibt es Gegensätze verschiedener Art. Es gibt Meinungsverschiedenheiten darüber, ob es möglich ist, ein Ziel für uns zu erreichen und über die Wahl der Mittel. Das wollen wir nicht verhehlen. Aber eines möchte ich sagen, daß Sie sich nicht ein falsches Bild durch diese Meinungsverschiedenheiten machen. Soweit es sich um die Abwehr der Bedrückung handelt, soweit gibt es in unseren Reihen keinen Zwiespalt und keine Zwietracht.

Abg. Dyl (tsch. Nat.-Dem.) erklärt, daß die Idee, die Deutschen zur Mitarbeit in diesem Staate heranzuziehen, tot sei. Redner wunderte sich dann darüber, daß die tschechischen Kommunisten und die slowakischen Volksparteiler so stark geworden seien. Den Deutschen müsse gezeigt werden, daß sie loyal sein müßten.

Sobann spricht Abg. Genosse Hadenberg, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle wiedergeben.

Abg. Trnobransky (tsch. Soz.) bezeichnet es als Fehler „einiger sozialistischer Kreise“, die einheitliche tschechische Sozialistenpartei anzugreifen die gegen jeden eifersüchtig gehütet werden würde. Er betonte: „Wenn diesmal die versprochene Verpflichtung bezüglich der Frage der Sozialversicherung nicht erfüllt wird, können wir vor unsere Wähler nicht anders als Abgeordnete der Opposition hintreten.“ (Bei soll bei den tschechischen Sozialisten.) Die wirtschaftliche Krise führt Redner auf den überstürzten Aufstieg der Tschechoslowakei zurück. Er wünscht die definitive Regelung des Verhältnisses mit Rußland.

Abg. Bobol (slow. Volksp.) spricht sein Mißtrauen gegenüber der Regierungspolitik in der Slowakei aus.

Abg. Nemeč (tsch. Soz.-Dem.) sieht überall die wachsende Reaktion. Dies beweist der Streik der deutsch-nationalen Studenten, welche sich unter dem Deckmantel des Antisemitismus militärisch organisieren. Redner betämpft gleichzeitig den tschechischen Faschismus eines Dr. Kramar und Radin. „Wenn die Herren der bürgerlichen Parteien so vorgehen werden wie Herr Dr. Kramar und Radin, entsteht die Frage, ob wir nicht die Gemeinschaft mit ihnen einer eingehenden Revision unterziehen müssen.“ Redner polemisiert gegen die letzte Rede des Finanzministers, die er im Industriellenklub hielt. Er greift seinen Privatkapitalismus und seine Ereicherung für Mussolini an. Auf die Erklärungen des Gen. Taub daß seine Informationen über das tschechische Schulwesen in Wien unrichtig seien, erwidert Abg. Nemeč damit, daß er einen aus Wien diesbezüglich geschriebenen Brief verliest, welcher das Gegenteil der Aeußerung Taubs erweisen soll. Redner erklärt in einer Polemik gegen Dr. Raska daß dieser sich mit Unrecht als Anwalt der deutschen Genossen aufspiele, da er eher mit Dr. Radin als mit den deutschen Sozialdemokraten zusammengehen werde. Gegen Dr. Dyls Drohung mit der Macht der Wahlen sagt Redner: „Wenn wir geschwächt in dieses Parlament kämen und Opposition machen könnten, würde manches anders ausfallen.“ Er verwahrt sich gegen Aussagen für Wandover, gegen einseitige Generalgebührenerhöhungen und spricht die Hoffnung aus, daß aus dem demokratischen der sozialistische Staat erbaut werde.

Darauf — um acht Uhr — wurde die Debatte unterbrochen. Sie wird in der heutigen, um 10 Uhr beginnenden, Sitzung fortgesetzt werden

getteln in der Zimmerrede zu verstehen. Und wenn ein „Hoppel“ Krant auch zehntausend Kronen kosten sollte, was ist dabei? Der kleine Ferdl spielt sich eine halbe Stunde lang mit dem Geldwörter und der Vater kann sich frohgemut nach dem Preise eines ganzen Krantaders erkundigen. Der Herr des Hauses benötigt einen neuen Winterrod, die Gattin lechzt nach einem warmen Mantel, das Töchterchen will heiraten — das alles legt den Hausvater nicht in die geringste Verlegenheit. Sieht nicht ein Geldwaschtrug neben der Nähmaschine? Wenn er auf Hunderttausendertweise eingerichtet ist, dann sind Schneider und Schneiderin in zehn Minuten befriedigt, die finanzielle Grundlage für eine pikante Verleumdung ist in einer schwachen Viertelstunde besorgt. Für arme Leute würde anfangs naturgemäß eine Banknotenscheisse mit Handbetrieb genügen müssen. Aber nicht lange. Es läge in der Natur der Dinge (einige Ueberstunden würden reichen), daß sie sich bald mit Dampf, Benzin oder Elektrizität einrichten könnten. Da ließe man dann aus dem wohnigen Maschinderl das Geld hinausrollen, wie einen endlosen Film.

Zugbei, alle Not hätte, auf die Gefahr hin, daß wir die Lichtböse zu eisernen Massen umgestalten müßten, ein Ende! Schwer, nur schwer läßt sich aus der Höhe dieser fantastischen Säure, zu der der Anblick der österreichischen Inflationmaschine den Wiener Galgenhumor hinführte, der Weg in die Wirklichkeit zurückfinden. Finden wir ihn aber dennoch, dann se-

hen wir, daß wir auch ohne die häusliche Kaffeemühle für Banknotenerzeugung sorgen im Gelde wählen dürfen. Wir haben Geld wie Heu, nein, wie Mist! Jede Teuerungswelle mit ihrem aufstrebenden Gesicht von Preissteigerung und Lohnbewegung treibt neue Gruppen auf die Bahn des millionärtschen Daseins. Unsere teuerungsbewirren Augen erschauen immer mehr und mehr Kronenverdiener, die dem Verhängnis, Millionäre zu werden, nicht entkommen konnten. Der „Reichthum“ droht ihnen von allen Seiten. Es ist jedoch für sie keine reine Freude, Millionäre zu sein. So ein Millionär von ehemals, Donnerwetter, wie gut hatte es der! Er sah zeitweilen seelenruhig auf seiner Million und es war immer dieselbe. Der Lohnkronenmillionär von heute aber, er ist jederzeit dazu bereit, zu sagen, daß ihm seine Mammonseligkeit gestohlen werden kann. Kaum ist er die eine Million für ein paar Broden kümmerlichen Hausbrot los geworden, droht ihm schon wieder die papierwaschende Nichtigkeit der nächsten.

Der letzte Ultimo machte nun gar den Wiener Witz zu der Behauptung auf, daß der hungernde Millionär von heute sogar ein physisches Risiko zu erdulden habe. Die Oesterreichisch-ungarische Bank hatte nämlich in einem Anfall von Großgeldnot ihre alten Bestände von kleinen Noten auf den Geldmarkt geworfen.

„Jefas, so a Verlegenheit!“ rief damals der Spaz. „Wia soll i denn nur mein Gehalt transportier'n? I' muach glei schau'n, daß i irgendwo a Handwagerl zu leich'n kriag'! ... Guat

schau'n m'r aus! ... Jetzt wird's bald so weit sein, daß ma' an' Leibschaden riskiert, wann ma' 's Monatsgeh'ld' heus tragt! Ob i net in d' Zeitung inserier'n soll, daß zu jed'm „Zeit'n“ bei mi a muskelkräftiger Zughund guate Beschäftigung find'!“

U über den guten Jules Verne, der mit der Gewalt seiner Phantasie Sonne, Mond und Meeresgrund bereiste! Bei den kühnsten Flügen seiner Erfindungskraft wäre es ihm nicht eingefallen, uns solche Bilder zu machen. Man stellt sich nur vor, wie die Dinge sich komplizierter müßten, wenn die Teuerungswellen auf der Bo pierstügel der Monatsgehälter und Wochenlöhne noch einige Zeit lang erhöht und wenn es etwa auch dann der staatlichen Bankzettelmaschine wäre der einmal einfiel, an Großgeldnot zu erkrank'n. Dann wäre wohl der Teufel, den gallenbittere Laune fürstlich an unsere Glendswand malte wirklich da:

„Von heut' an wird's Geld nimmer zählt sondern g'wog'n! I' hab' siebzehn Kilogramm Gehalt, wiaviel Kilo hast d' denn du?“ Geld wie Mist, Geld nach Gedäch! Und dazu in Wirklichkeit, was die elendgraue Phantasie nie hätte erfinden können: Wir fahren mit dem Handwagerl voll Geld einkaufen und bringen die Lebensmittel, die wir dafür kriegen im — Geldbörstel nach Haus!

Inland.

Manifestationskundgebung der Staatsangestellten in Prag.

Gestern abends tagte auf der Sophieninsel eine vom „odborové ústředí“ svazu úřednických a zřizovnických organizací“ veranstaltete Manifestationsversammlung der Staatsangestellten, zu der auch sämtliche Abgeordnetenklubs eingeladen waren. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hatte als seinen Vertreter den Abgeordneten Genossen Grünzner entsendet. Vertreten waren ferner der Klub der tschechischen unabhängigen Partei durch den Abgeordneten Genossen Brodecky und der Klub der Kommunisten durch den Abgeordneten Valzel. Die Abgeordnetenklubs der Mehrheitsparteien sowie jene des Deutschen parlamentarischen Verbandes hatten keine Vertreter entsendet. Abgeordneter Genosse Grünzner sprach namens des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Kartells der Verbände öffentlicher Angestellter des deutschen Gewerkschaftsbundes in der tschechoslowakischen Republik, deren Größe er überbrachte. Er verwies in seiner Rede darauf, daß der deutsche sozialdemokratische Abgeordnetensklub die berechtigten Forderungen der Staatsangestellten sehr wohl kenne und stets dafür einsetze, daß diese auch in Einklang gebracht werden. Die Vertreter des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Budgetausschuss haben auch bei der jetzigen Beratung des Staatshaushaltsgesetzes die Regierung bereits aufgefordert, bekannt zu geben, was sie für die Staatsangestellten zu tun gedenke, und daß sie die Gesetzesvorlagen betreffend die Stabilisierung der Gehälter sowie über die Neuregelung der Ortsgelöhner und der Pensionen ehestens im Hause einbringen möge. Die Regierung ist darauf bis zum heutigen Tage die Antwort schuldig geblieben. Es wird daher Sache der organisierten Angestellten sein, dahin zu wirken, daß die Regierung endlich dieser ihrer Verpflichtung nachkommt. Solche ermahnte Genosse Grünzner die Staatsangestellten zu festem Zusammenschluß in einer gut organisierten einheitlichen Organisation, die die beste Bürgschaft dafür bilde, ihre berechtigten Forderungen zum Durchbruch zu bringen. Im gleichen Sinne sprachen auch die übrigen Redner.

In einer Entschließung, die auf die der Regierung in einem Memorandum bereits unterbreiteten Forderungen hinweist, wurde noch gefordert, daß die Regierung vor Fertigstellung von Gesetzesvorlagen, welche die Staatsangestellten betreffen, mit den Vertretern der Staatsangestelltenorganisationen in Beratungen und Verhandlungen trete. — Die gut besuchte Versammlung nahm einen würdigen Verlauf.

Ein zweiter Smeral. Mittwoch abends fand in Brünn eine große Versammlung einiger tschechisch-nationalistischer Organisationen statt, in der der Führer des linken Flügels, der Nationalsozialist Dr. Vrbensky, sprach. Bezeichnend ist, daß im Brünnener Blatt der Nationalsozialisten die Versammlung nicht angezeigt war. Dafür lud das Organ der Kommunisten, die „Rudnost“, die Anhänger der kommunistischen Partei ein, massenhaft in dieser Versammlung zu erscheinen, was auch geschah. Der Vorsitzende, ein Nationalsozialist, sagte in seinen Eröffnungsworten, daß die Versammlung einen „Meinungswechsel“ in der Geschichte des Brünnener sozialistischen Proletariats darstelle und wendete sich dabei gegen die Sprachweise einiger sozialistischer Blätter. Doktor Vrbensky, der dann zu Worte kam, hielt eine Rede, worin er in manchen Dingen den Kommunisten nach dem Mund rebete, aber auch vieles zum Besten gab, was den Kommunisten nicht sehr gefallen haben dürfte. So sagte er, daß die tschechischen Legionen durch ihren Abzug den Sieg bolschewistischer Republik sich mühsam gegen Auslandern behaupten, indem sie jede bewaffnete Intervention in Rußland ablehnen. Ueber die Möglichkeit der künftigen politischen Entwicklung sagte Dr. Vrbensky wörtlich: „Aus der heutigen Lage können wir auf zweierlei Wegen herausgelangen. Der erste Weg ist die Revolution, der andere die Verbesserung der heutigen Ungerechtigkeiten und Lügenhaftigkeit parlamentarischer Vertretung und die Ersetzung des jetzigen Parlaments durch ein Parlament, welches den tatsächlichen Willen des Volkes entsprechen würde. Die Frage, ob bei uns Revolution möglich ist, ist damit zu beantworten, daß sie möglich wäre. Es ist jedoch die Frage, ob sie auch erfolgreich wäre. Der zweite Weg: Ausschreibung von Neuwahlen, welche das wirkliche Denken der Bevölkerung offenbaren würden, was weit sicherer zum Ziele führen könnte.“ Der ganze Revolutionarismus des ehemaligen Ministers besteht also darin, daß er die Ausschreibung von Neuwahlen verlangt! Es scheint, daß der Herr Dr. Vrbensky zum Smeral wirklich sehr gut paßt. — Wie wir aus den Kreisen der tschechisch-nationalsozialistischen Partei erfahren, ist die Krise der Partei nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Ereignisse in der Partei sollen sehr unerquicklich sein. In der Redaktion des Hauptorgans der Partei, des „Ceske Slovo“, sitzen sowohl Anhänger Vrbenskys als auch Anhänger der alten nationalsozialistischen Richtung. Dies dränge zu einer Erklärung, die nicht lange auf sich warten lassen kann. Der Konflikt in der Partei sei die natürliche Reaktion auf die Politik Kofats, der die Partei wieder in die alten Bahnen der Vorkriegszeit zurückführen wolle, das heißt, zu einer Kleinbürgerlichen machen wolle. Wie es heißt, verfüge die Opposition über eine ganze Anzahl von Anhängern, doch sei es fraglich, ob bei einer eventuellen Spaltung der Partei alle

Die Wahlen in England.

Die ersten Wahlergebnisse.

London, 16. November. (Reuter.) Um Mitternacht war kein augenfälliger Ausschlag für die eine oder andere Partei festzustellen. Die Labour Party hat einen bemerkenswerten Gewinn erzielt. Vergleichen haben die Liberalen einige überraschende Erfolge zu verzeichnen. Soweit sich bisher überblicken läßt, behält die konservative Partei im ganzen ihre Positionen bei. Verhältnismäßig am schlechtesten ging es den National-Liberalen Lloyd Georges. Der Arbeiterführer Clynes, welcher zwei Kandidaten gegen sich hatte, siegte nur mit einer Mehrheit von 800 Stimmen. Asquith ist in Paisley gegen den Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt worden, jedoch nur mit einer Majorität von 318 Stimmen.

Der „Daily News“ zufolge haben die Konservativen bisher 27 und die National-Liberalen 16 Mandate eingebüßt, die Arbeiterpartei hat 36 und die unabhängigen Liberalen 10 Mandate gewonnen.

London, 16. November. (Reuter.) Um 3 Uhr früh zeigte sich folgendes Verhältnis der gewählten Mitglieder der einzelnen Parteien: Konservative 152, Nationalliberale 20, Liberale 23, Labour Party 63, Unabhängige 6. Bonar Law ist mit einer Mehrheit von 2514 Stimmen gegen die von der liberalen Partei und der Labour Party aufgestellten Kandidaten gewählt worden. — Die heute nachts bekannt gewordenen Wahlergebnisse betreffen im Wesentlichen die großen Industriebezirke. Es kann bemerkt und wünscht Reuter gesagt werden, daß der Gewinn der Arbeiterpartei, welcher um 2 Uhr früh 34 betrug, kaum im gleichen Maße aufrechterhalten bleiben wird, wenn im Laufe des heutigen Tages die Wahlergebnisse aus der Provinz eintreffen werden, denn in zahlreichen Provinzgemeinden und Städten waren überhaupt keine Arbeiterkandidaten aufgestellt. Den größten Sieg errang die Labour Party im Glasgower Wahlkreis. Bis jetzt haben die Konservativen 7, die Nationalliberalen 1, die Liberalen 11, und die Labour Party 34 Mandate gewonnen.

Bis gestern Mittag 72 Mandate der Arbeiterpartei.

London, 16. November. (RN.) Bis Mittag waren 283 Abgeordnete gewählt, inbegriffen jene 57 Mandate, die ohne Wahlkampf besetzt wurden. Von diesen 283 Mandaten entfallen 161 auf die Konservativen, 72 auf die Arbeiterpartei, 24 auf die Asquith-Liberalen und 22 auf die Liberalen Lloyd Georges, 4 Mandate auf die Unabhängigen. Von den weiblichen Kandidaten wurde bisher bloß eine einzige, die bisherige Abgeordnete Lady Astor, gewählt.

die jetzt der Verdensrichtung zustimmen, tatsächlich bereit sein werden, die Partei zu verlassen.

Bernünftige Worte. Auf dem Kreisstag des Bundes der Landwirte, der am 13. November in Reichenberg stattfand, hielt Abg. Dr. Spina ein politisches Referat, in dem er zu folgenden Schlüssen gelangt: „Es gilt also, realpolitisch und klug den Kampf nicht gegen den Staat, sondern den Kampf um das Recht im Staate zu führen.“ Der Redner betonte dann, daß Reuegerungen wie: „Der Hochverrat ist Pflicht eines jeden Deutschen.“ dazu führen, immer wieder den Ritt für die tschechische Koalition zu liefern. Aus solchen Bemerkungen heraus gewinnen die Tschechen immer wieder Mittel zur Bekämpfung berechtigter deutscher Ansprüche. Im übrigen ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Frage zu beantworten, wer den Hochverrat mitmachen soll. Arbeiter, Beamte und Industrielle werden dafür kaum zu haben sein. Und die Landwirte, die fest mit ihrem Boden verbunden sind, können auch nicht mitmachen. Die Betätigung des Hochverrats bleibt deswegen einigen politischen Desperados überlassen, die im denkenden Volk überhaupt keinen Anhang haben. Der Kampf um die Rechte des deutschen Volkes kann nur auf parlamentarischem Boden ausgetragen werden und deswegen kann der Kampfplatz nicht außerhalb des Parlamentes verlegt werden. Die deutschen Abgeordneten müssen dort, wohin sie von ihren Wählern geschickt wurden, auch weiter den wohl schweren Kampf führen, der aber schließlich doch dazu führen muß, den tschechischen Machthabern eine andere Sinnrichtung beizubringen. — Die in Reichenberg gehaltene Rede Spinas, die, wie der Bericht der „Deutschen Landpost“ besagt, von stürmischem Beifall der Anwesenden begleitet war, unterscheidet sich wohlwiegend von den hohlen Schlagworten und öden Strafmassereien der Herren Lodge und Amis.

Das böhmische Landesbudget. In der Sitzung der Landesverwaltungskommission vom 15. November wurde der Landeshaushalt für das Jahr 1923 angenommen. Das Gesamterfordernis beträgt (ohne Investitionen) 505.472.008 K. Davon entfallen auf die Landesverwaltung 268 Millionen Kronen, das ist um neun Millionen weniger als im Vorjahr, auf die Landwirtschaft 38 Millionen, das ist um zwei Millionen mehr als im Vorjahr, Gewerbe und Handel neun Millionen, ebenfalls zwei Millionen mehr als im Vorjahr, Humanität, und Erziehungsanstalten 161 Millionen, das ist um sieben Millionen weniger als im Vorjahr, Schu-

Bis 2 Uhr nachmittags 100 Mandate.

London, 16. November. (14 Uhr.) (Reuter.) Bisher wurden gewählt: 230 Konservative, 27 Nationalliberale, 30 Unabhängige Liberale, 88 Arbeiterkandidaten, 8 Unabhängige.

Gesundheitsminister Boscawen wurde in Taunton von einem Liberalen geschlagen. Chamberlain und sein Sohn wurden in Birmingham mit großer Mehrheit gewählt.

Niederlage Churchills.

London, 16. November. (Reuter.) (6 Uhr abends.) Bei den Wahlen erlitten die Konservativen 343, die Nationalliberalen 47, die Liberalen 53, die Arbeiterpartei 130, die Unabhängigen 13 Stimmen. Die Wahlfaktion bildet die Niederlage Churchills in Dundee, wo sechs Kandidaten sich um zwei Mandate bewarben.

London, 16. November. (RN.) Im neuen Parlamente hat die Regierung Bonar Law's nach den gegenwärtigen Resultaten der Wahlen eine wesentliche Mehrheit.

London, 16. November. (Reuter.) (10 Uhr abends.) Die Konservativen haben die absolute Majorität gegenüber allen übrigen Parteien zusammen gesichert. Es ist sicher, daß die neue Regierung eine Majorität von 70 bis 80 Abgeordneten im Unterhause haben wird.

Starke Wahlbeteiligung der Frauen.

London, 16. November. (13 Uhr.) (RN.) Die Wahlbeteiligung ist bisher so unvollständig, daß kein Urteil über die definitive Stärke der Parteien möglich ist. Den verhältnismäßig stärksten Erfolg hatten, wie es scheint, die Kandidaten der Arbeiterpartei, die im neuen Unterhause zahlreicher als im alten vertreten sein wird. Zu den Erfolgen der Arbeiterpartei hat insbesondere der Wahlausfall in Lancashire, Northire, Glasgow und anderen Arbeiterbezirken beigetragen. In Glasgow allein hat die Arbeiterpartei acht Mandate gewonnen, es ist jedoch zweifelhaft, ob sie ebenso große Erfolge in den anderen Bezirken davortragen wird. Die Teilnahme war sehr stark. Die weiblichen Wähler haben allem Anscheine nach von ihrem Rechte in weitestem Maße Gebrauch gemacht. In manchen Wahlbezirken gab es ein jähes Ringen und die Stimmen wurden wiederholt gezählt. Unter den gewählten Arbeiterführern befindet sich Ramsay MacDonald. Einen der größten Wahrfolge hatte in Liverpool der konservativere Kandidat Major Cohen, der gleich zu Anfang des Krieges an die Front ging, im Jahre 1917 siebenmal verwundet wurde und heute keine Veranlassung hat, in Manchester seine Position der beiden liberalen Fraktionen ihre Niederlage nicht verhindern und alle Mandate dieses Bezirkes gegen den Konservativen oder den Arbeiterkandidaten zu.

Len 94 Millionen, das ist um mehr als eine halbe Million mehr als im Vorjahr, Kunst und Literatur 18 Millionen, etwa um eine Million mehr, öffentliche Bauten 66 Millionen, das ist um neun Millionen mehr, Pensionen 12 Millionen, das ist um 1 1/2 Millionen weniger, weniger und Landesschuld 18 Millionen, ungefähr daselbe wie im Vorjahr. Das Investitionsbudget weist 107 Millionen für Elektrifizierung und 59 Millionen für Bauten auf. Bemerkenswert ist, daß für Landwirtschaft und Gewerbe bedeutend größere Beträge vorgesehen sind als im vorigen Jahre, worin die Stärke der Agrarier und der Gewerbetreibenden abermals zum Ausdruck kommt.

Ein weiteres Anzeichen in der Krise der tschechischen nationalsozialistischen Partei ist die Tatsache, daß Abg. Dr. Vrbensky ohne Zustimmung der Partei eine Versammlung in Brünn abgehalten hat, in der er für die Einheitsfront eintrat. Das Brünnener Organ der nationalsozialistischen Partei hatte die Versammlung überhaupt nicht angezeigt. In der Versammlung wurde ein sechsgliedriges Komitee der proletarischen Einheitsfront für Großbrünn gewählt.

Mangelndes Vertrauen zum Staat.

Der widerpenstige Anlagemarkt.

Von Seite der Regierung und der Regierungsparteien wird von der wirtschaftlichen Konsolidierung der Tschechoslowakei sehr viel geredet und nicht genug des Unterschiedes zwischen diesem Staat und seinen Nachbarstaaten rühmend gedacht. Wir haben schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß das Wort von der „Stabilisierung“ der Wirtschaft ein hohles Schlagwort ist, daß sich nicht die Volkswirtschaft dieses Staates stabilisiert, sondern die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Jammer und Elend. Ein zweites Anzeichen dafür, daß sich der Staat und die Staatswirtschaft, trotzdem derselbe von dem Zauberkünstler Raschin geleitet wird, keines besonderen Vertrauens bei der Bevölkerung erfreut, ist die Tatsache, daß der tschechoslowakische Staat nicht imstande ist, zur Deckung des Defizits seiner Budgets eine innere Anleihe aufzulegen. Selbst die Klassengesossen des Verwaltungsrates der Zbonostenska Bank und die Rationengenossen des heißblütigen Tschechen Dr. Raschin wollen ihr

Geld selbst gegen gute Zinsen dem Staate nicht zur Verfügung stellen. Der ungeachtet aller „Loyalität“ intelligente Staatsbürger, der ganz im äußersten Winkel seines Innern eine Regung des Willens zur Kritik empfindet, muß sich also sagen: „Alles recht schön. Wenn man einen unserer Minister über wirtschaftliche Fragen, insbesondere über die tschechoslowakische Valuta, reden hört, glaubt man, daß er von Begeisterung hingekiffen, ein lyrisches Gedicht zitiert. Wenn aber der Staat Geld braucht, dann fordert er nicht seine Staatsbürger auf, ihm ihr überflüssiges Geld gegen Zinsen zur Verfügung zu stellen und so ihren vielgerühmten Patriotismus zu bekunden, sondern er läuft zu den Banken, oder hilft sich wie gerade jetzt, mit Kassenheinen, ohne auch nur den Versuch der billigeren Geldbeschaffung durch eine langfristige Anleihe zu machen.“

Und in der Tat: Mit Ausnahme der in der Hurrastimmung der Gründung des Staates aufgelegten Freiheitsanleihe, ist es dem Staate bisher noch nicht gelungen, eine langfristige Anleihe im Inlande unterzubringen und es scheint, daß nach dem Mißerfolge der sogenannten Arbeitsanleihe an eine Anleiheplatzierung im Inlande nicht mehr gedacht wird, nachdem auch die Auslegung der Mehlanleihe bei weitem nicht den erwarteten Erfolg gezeitigt hat, obwohl in der Artifizierung d. h. Wertverbesserungsmöglichkeit der alten Renten eine ungemein wertvolle Zeichnungsprämie gelegen war. Die Frage, warum langfristige Anleihen im Inlande nicht aufgelegt werden, wurde einem der früheren Finanzminister gestellt und von diesem kurz, aber nicht weniger als gut dahin beantwortet, daß im Inlande kein Markt für Staatsanleihen vorhanden sei. Diese Antwort ist ungefähr ebenso richtig, wie der während des Krieges vom Statthalter Grafen Todenhove zu einer über die ungenügende Brotversorgung Prag's beschwerdeführenden Deputation getane Ausspruch: „Das Brot ist aus dem Grunde in so ungenügender Menge vorhanden, weil nicht genügend Mehl zugeführt wird.“

Es ist ja wahr, das sogenannte Spar-Kapital — wenn es zulässig ist, die Schichten, welche die aus Gehalt und Entlohnung erwerblichen Gelder „anlegen“, als „Sparkapital“ zu bezeichnen — ist anleihenunwillig; lehrt so ein Blick auf den Kurszettel der Anlagewerte, daß die Schuldverpflichtungen des Staates, der Städte, Länder und Landesgeldinstitute derart niedrig im Kurse stehen, daß sich beispielsweise die alten, auf Hypotheken oder andere Darlehen basierenden Anleihen der Landesgeldinstitute mit 5/4 bis 6 Prozent, die staatliche Wehlanleihe sogar mit fast 8 Prozent verzinst. Diese Ersparnis wirkt unsso ausfalliger, als diese niedrige Einzahlung der Anlagewerte zeitlich mit dem denkbar tiefsten Niederrunde der Industrie und der Börsenspekulation zusammenfällt, also nicht eingedringt werden kann, daß sich das Geld direkt und indirekt der industriellen Erweiterungs-Investitionsfähigkeit und der Börse zuwendet und dazu kommt noch der Umstand, daß die Einlagen bei den Sparbanken bei einer drei- oder höchstens vierprozentigen Verzinsung von Monat zu Monat steigen.

Unter solchen Umständen ist es natürlich sinnlos, sich auf ein nebulöses Etwas wie den „Markt“ auszuwerfen und nicht einzusetzen, daß nebst den in den Nachkriegsverhältnissen gelegenen Ursachen des Nichtfunktionierens des Anlagemarktes vor den Regierungen schwer gelündigt wurde. Die Zeichnung einer Anleihe erfolgt im Vertrauen auf die Wertbeständigkeit der Währung und im Vertrauen darauf, daß der Staat den eingegangenen Verpflichtungen nachkommen wird. Das mangelnde Vertrauen in die Wertbeständigkeit der Währung ist eine Nachkriegserfahrung, aber das mangelnde Vertrauen darauf, daß der Staat die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen wird, das ist die Schuld der Regierungen, die Schuld der Finanzminister von Raschin bis Raschin. Der Leidensweg der Kriegsanleihen ist hinlänglich bekannt und mögen die Regierenden die verschiedenen, so wohl vertrauten und bis zum Heberdruße wiederholten Phrasen, daß der Friedensvertrag die Tschechoslowakei zu nichts verpflichtete, daß sie viel mehr gebe als Deutschland reich usw., noch so oft wiederholen, mögen sie auch neue gewaltsame und spitzfindige Beweisführungen erfinden, das Vertrauen fehlt, auch bei den Tschechen und und läßt sich nicht wie die Anbringung von Fahnen in den Staatsfarben betreiben. Ergänzend sei noch der Renten Erwähnung getan, für die der Zinsendienst heute, vier Jahre nach Kriegsende, noch immer nicht ausgenommen wurde und es gehört ein guter Schuß Optimismus dazu, anzunehmen, daß die heimliche und schändliche Behandlung der Altrentner den Staatsanleihen Freunde schaffen wird.

Wenn aber die Geldbeschaffung durch kurzfristige Anleihen einmal verjagen sollte? Wenn die Großbanken ablehnen oder unerträgliche Bedingungen diktieren sollten? Was dann? Eine Auslandsanleihe? Die ursprünglich mit großem Tamtam ausgemachte Pfundanleihe ist auch nicht eitel Gold und die Lüge, die der Entfall des auf seinen großen Rentnerstand gestützten Frankreich als Weltbankier — bekanntlich ist ein großer Teil des französischen Rentnerstandes durch den Wertverfall des Franken, noch mehr aber durch die Wertlosigkeit der russischen Milliardenanleihe vollständig verarmt — in die Weltwirtschaft gerissen hat, kann durch die beiden Großmächte des Industrielapitals England und die Vereinigten Staaten nie ganz ausgefüllt werden. Es scheint fast, daß jene, die nicht hören wollen, fühlen müssen, um zu lernen.

Wirth.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Man wird es dem bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth nicht verzeihen, daß er vor anderthalb Jahren als der einzige bürgerliche Politiker den Mut fand, in einer äußerst schwierigen Situation die Leitung der deutschen Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Es war im Mai 1921, nach dem Ultimatum, das die Entente-Konferenz in London an Deutschland gerichtet hatte: entweder die Anerkennung einer Reparationszahlung in phantastischer Höhe oder die Besetzung der wichtigsten Industriegebiete, mit der Aussicht auf deren völligen Verlust. Die Sozialdemokraten der damals noch bestehenden beiden Richtungen waren für die Annahme des Ultimatum, weil sie schon damals voraussahen, daß seine Durchführung doch unmöglich sein werde. Nach einigem Zögern schlossen sich Zentrum und Demokraten dieser Auffassung an, nur die Deutsche Volkspartei stellte sich abweisend, zum Teil aus parteiideologischen Gründen, zum Teil aus Rücksicht auf ihre schwerindustriellen Interessenten. Dr. Wirth, bis dahin Reichsfinanzminister, übernahm die Verantwortung für die künftige Politik des Reichs, er bildete sein Koalitionskabinett, das war keine parlamentarische Mehrheit hinter sich hatte, immerhin aber weit länger als jedes frühere Ministerium regieren konnte, weil ihm die Unabhängige Sozialdemokratie ihre stillschweigende Unterstützung, besonders in der Außenpolitik, ließ.

Dr. Wirth hat seine Verantw. aus dem Zentrum nicht verleugnen können. Sein Bruder zwar, der in Baden sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter ist, fand den Anschluß an die Arbeiterklasse. Er selbst war zeitweilig mit seinen Auffassungen doch noch allzu sehr in der katholisch-kerikalischen Erziehung, er war viel zu sehr Ideologe, als daß er aus dem, was er für richtig fand, auch die Konsequenzen ziehen konnte. Wirth ist kein Bourgeois im eigentlichen Sinne, er verfolgt keine privatrechtlichen Interessen und in seinen persönlichen Ansprüchen wird er als äußerst bescheiden geschildert. Er sah ohne Zweifel die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapital und Arbeit. Aber er vermochte nicht die Schlussfolgerung daraus zu ziehen. Er glaubte die Klassen-gegensätze durch die Zusammenarbeit der Klassen lösen zu können. Das gemeinsame nationale Interesse, so meinte er, müsse stärker sein, als die wirtschaftlichen Differenzen. Was im Zentrum bisher noch möglich war, daß nämlich Arbeiter und Industrielle, Großgrundbesitzer und Landarbeiter, Produzenten und Konsumenten, einträchtig nebeneinander wohnen, verbunden durch das Band des Katholizismus, gehalten durch die Fänge des Kirchengewissens, das sollte auch im Klassenstaat verwirklicht werden. An der Unmöglichkeit der Durchführung dieser Aufgabe ist Wirth gescheitert. Einmalig allerdings hat bei ihm die Erkenntnis des Wirklichen über diese illusionären Vorstellungen gesiegt. Nach der Ermordung von Erzberger und Rathenau, mit denen er geistig eng verbunden war, rief er in tiefster seelischer Erschütterung aus, daß die Auseinandersetzung zwischen Reaktion und Proletariat ihn auf Seite der Arbeiterklasse finden werde. Wirth wollte aber nicht sehen, daß diese Auseinandersetzung sich täglich und stündlich vollzieht. Überall, wo Arbeiter und Unternehmer, wo die Verbraucher von den Produzenten ausgebeutet werden, da stehen sich Bourgeoisie und Proletariat in heftigem Kampfe gegenüber. Es bedarf nicht der offenen Feldschlacht, des blutigen Bürgerkriegs, um diesen Klassenkampf zum Ausdruck zu bringen. Sowie aber bei Wirth die seelischen Erschütterungen vorüber waren, da versuchte er erneut, die Klassengegensätze zu überbrücken, Wolf und Lamm in eine Herde zu bringen, kapitalistische und proletarische Interessen miteinander zu koppeln. Und im entscheidenden Augenblick gar, wo es galt das Diktat der Volkspartei und des Sinnes abzuweisen, schlug er sich auf die Seite des Kapitals. Darüber kam er zu Falle.

Bereinigung der Republik des Fernen Ostens mit Sowjetrußland.

Moskau, 16. November. Nach einer Meldung der Russischen Tel.-Ag. aus Tschita hat die gesetzgebende Körperschaft der Republik des Fernen Ostens einstimmig den Beschluß gefaßt, sich aufzulösen, und die Vereinigung mit Sowjetrußland zu vollziehen. Es wurde gleichzeitig ein Ausschuss aus 15 Delegierten zum Allrussischen Rätekongress gewählt.

Der Hohverratsprozeß gegen die Kriegsverheber in Griechenland.

Athen, 16. November. (Wolff.) Im Hohverratsprozeß begann gestern vormittags die Zeugeneinvernehmung mit einer langen Aussage des früheren Oberkommandierenden Papoulas. Dieser erklärte, daß seine Vorschläge, die unfähigen Offiziere abzugeben und durch kriegsunfähige Offiziere zu ersetzen, nicht berücksichtigt worden seien. Der Beschluß den drei Offensiven sei auf Veranlassung der Regierung erteilt worden. Der Marsch auf Aigora sei vom Kriegsrate unter Vorbehalt des früheren Königs Konstantin trotz Abtraten des Oberkommandierenden und des Generalstabes der Armee in Kleinasien, die die Schwierigkeiten der Verbindung darlegten, beschlossen worden. Papoulas sagte weiter aus, er habe keine Kenntnis von den Notizen der Großmächte vom November 1920 gehabt, in denen sie Griechenland vor den Gefahren einer Rückkehr des früheren Königs warnten. Anderenfalls würde er die Verantwortung des Oberkommandos über die Armee nicht übernommen haben. Die Politik der leitenden Männer des Regimes Konstantin erklärte der Range als gewissenlos und ihre Handlungen als verbrecherisch.

Die Streikbewegung im Rheinland.

Berlin, 16. November. (Eigenbericht.) Die Streikbewegung in Düsseldorf ist auf v. gef. 20.000 Teilnehmer zurückgegangen. In anderen Orten suchen die Kommunisten neue Streiks zu entfesseln. Bisher hatten sie nur in Duisburg Erfolg, wo sie das Werk „Abteinal“ stilllegten. Eine gemeinsame Sitzung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften hat stattgefunden; die Betriebsräte fordern den Generallstreik, doch dieser Antrag dürfte kaum Erfolg haben. Der Regierungspräsident hat Lohnverhandlungen eröffnet, die bisher keine Einigung erzielten. Die Arbeiter fordern 240 Mark Stundenlohn, die Unternehmer wollen jedoch nur 210 Mark bewilligen. Ein Schiedsgericht wurde eingesetzt, das noch heute einen Schiedsspruch fällen wird, der verbindlich sein soll.

Zum Attentat auf Scheidemann.

Berlin, 16. November. (Eigenbericht.) Das Attentat auf Scheidemann wird demnächst den Staatsgerichtshof beschäftigen. Gen. Sse Scheidemann ist als Nebenkläger zugelassen worden.

Vor dem Generallstreik in Lodz.

Warschau, 16. November. Aus Lodz wird gemeldet, daß sich die Situation in der Textilindustrie verschärft habe. Trotz der Intervention des Ministers der Essentlichen Arbeiten Darowski erklärten die Textilindustriellen, daß sie den Arbeitern höchstens eine 20prozentige Lohnverhöhung zugestehen können. In der gestrigen Sitzung der Arbeiterdelegierten wurde beschlossen, im ganzen Lodzer Gebiet in den Generallstreik einzutreten, falls die Industriellen auf ihrem Widerstand beharren sollten.

General Haller — Oberkommandierender in Ostgalizien.

Warschau, 16. November. Die heutigen Blätter veröffentlichen den Beschluß des Ministerkabinetts, durch welchen dem General Haller die militärische und administrative Vollmacht erteilt wird, in der Lemberger, Stanislawer und Tarnopoler Wojewodschaft die Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. General Haller wurde zugleich zum Oberkommandierenden der Militärabteilungen in Ostgalizien ernannt und mit der Aufgabe betraut, die bewaffneten Banden aus Ostgalizien zu vertreiben.

Das endgültige Ergebnis der polnischen Senatswahlen.

Warschau, 16. November. (PAT.) Nach Zeitungsberichten wird das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien im Senate auf Grund der bisher bekannten Wahlergebnisse folgendes sein: Nationaldemokraten 61 Mandate, die Volkspartei (Piast) 15, die Sozialdemokraten 7, die radikale Volkspartei 8, der Bloß der nationalen Minoritäten 21, die galizischen Zionisten 4 und die übrigen kleinen Parteien insgesamt 5 Mandate. Das heißt, der vereinigten Rechten mit 61 Mann steht eine Opposition von 60 Senatoren gegenüber. Nach diesem Ergebnis, das jenem der Sejmwahlen durchaus parallel läuft, können die Nationaldemokraten nicht daran denken, ihre schrankenlos reaktionäre und feindselige Herrschaft auszurichten. Das Ministerium wird vermutlich den „fortschrittlichen“ (soweit man in Polen davon sprechen kann) Parteien und Bürokratischen gehören, die sich wohl oder übel mit den nationalen Minoritäten verbinden müssen. Der Sieg der Minderheitsnationen ist wiederum groß und eindeutig und erbringt zum Scherz des Opportunismus den endgültigen Beweis, daß Polen kein National-, sondern ein Nationalitätenstaat ist.

Helfet den kranken Arbeitslosen!

Ein Antrag unserer Genossen im Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die Genossen Abgeordneten Taub, Schäfer, Pohl, Cermat, Beutel, Dr. Haas und Hadenberg einen Antrag überreicht, der dem Zwecke dient, die Ansprüche der Arbeitslosen und ihrer Familienangehörigen im Krankheitsfalle sicherzustellen.

Zu diesem Gesetzesantrag heißt es u. a.:

§ 1.

Für den Krankheitsfall sind nach Maßgabe dieses Gesetzes alle nach dem 30. Juni 1922 arbeitslos gewordenen Personen versichert, welche bis zum Eintritte ihrer Arbeitslosigkeit auf Grund ihres Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses bei einer im § 11 des Gesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter genannten Krankenkasse versicherungspflichtig waren und bei Eintritt des Versicherungsfalles keine Versicherungsansprüche mehr haben.

§ 2.

Den Gegenstand der im § 1 bezeichneten Versicherung bildet

1. Die Gewährung freier ärztlicher Behandlung vom Beginne der Krankheit an mit Inbegriff des geburtsärztlichen Bestandes sowie der notwendigen Heilmittel und sonstigen therapeutischen Befehle.

2. Die Gewährung von Wöchnerinnenunterstützung und Stillprämien, nach der dritten Lohnklasse.

3. Die Gewährung von Begräbnisgeldern im Betrage von 200 Kronen.

Den im § 6 Punkt 6 des Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter für den Krankheitsfall genannten Familienangehörigen gebühren unter den dort angeführten Bedingungen, die unter 1 und 3 angeführten Leistungen. Doch beträgt das Begräbnisgeld für den Todesfall eines Familien-

angehörigen bis zum 2. Lebensjahre 40, bis zum 14. Lebensjahre 100, — und für den Todesfall eines älteren Familienangehörigen 150 Kronen.

§ 3.

Der Beitrag für die Versicherung auf die unter § 2 Punkt 1 und 3 angeführten Leistungen wird mit 2 Kronen 50 Heller wöchentlich festgesetzt. Die anderen Bestimmungen der beantragten Vorlage regeln die Erfassungspflicht des Staates gegenüber den Krankenkassen und die Kontrollrechte der Krankenkassen in Bezug auf die Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit hat — wie der Motivenbericht sagt — einen ungeheuren Umfang angenommen.

Das Los der Arbeitslosen

Ist an und für sich ein bedauernswertes. Angewiesen auf die große Arbeitslosenunterstützung, die ihm durch das bestehende Gesetz gewährleistet wird und die ihm kaum die Bestreitung des allernotwendigsten Lebensunterhaltes ermöglicht, gestaltet sich seine Lage geradezu katastrophal, wenn er selbst oder einer seiner Familienangehörigen von einer Krankheit heimgeschlagen wird. Alle Arbeitslosen waren, insoweit sie ihrer Berufstätigkeit nachgehen konnten, gegen Krankheit und Unfall versichert, viele von ihnen sind seit dem Bestande der Krankenversicherungs-Gesetze, also seit dem Jahre 1888 Mitglieder der Krankenkassen sie alle haben schwere materielle Opfer gebracht, um im Falle der Krankheit Schutz und Unterstützung zu finden. Und nun sollen sie ihrer bei den Krankenkassen erworbenen Ansprüche gerade in der Zeit, in welcher sie diese Hilfe am dringendsten brauchen, in der ihr Organismus am allerwenigsten widerstandsfähig und den Krankheitsgefahren am meisten ausgesetzt ist, verlustig werden. Die Krankenkassen sind durch die gegenwärtigen Verhältnisse finanziell in Mitleidenschaft gezogen, viele von ihnen, deren Vermit-

Zur reaktionären Gegenwartspolitik.

Rede des Abg. Genossen Hadenberg in der Bud et edate.

Die Ablehnung des Antrages Dr. Czech.

Ich möchte mit einigen Worten auf die Ausführungen unseres tschechischen Parteigenossen Dr. Weizner zurückkommen, der gegen die Ausführungen unseres Vorsitzenden Dr. Czech polemisierte. Er hat damals in seiner Rede an uns die Einladung ergehen lassen, mitzuwirken und alles zu unternehmen, was zur Stärkung des Einflusses der sozialistischen Parteien gegenüber der Regierung notwendig ist, um in diesem Staate für die Arbeiterklasse mehr zu erzielen, als es bisher möglich war. Wenigstens Weizner hat es zwar unterlassen, in seiner Rede auf die Fragen Antwort zu geben, die von Seite unserer Redner an die tschechische Bruderpartei gestellt worden sind, er hat es auch unterlassen, jetzt zu erklären, inwiefern er sich ein Zusammenarbeiten mit der Regierung vorstellen will. Unsere Redner in der politischen Debatte haben klar und unzweideutig auseinandergesetzt, wie es möglich wäre, daß die Gruppen des Staates und die Vertretungen der Bevölkerung des Staates zusammenkommen könnten, sie haben in klarer und unzweideutiger Weise auseinandergesetzt, wie notwendig es sei, alles, was uns trennt, zu beseitigen. Nun haben wir vor kurzem in diesem Hause einen Antrag eingebracht, einen Antrag, von dem wir nicht wußten, daß er nur als gewöhnlicher Geschäftsordnungsantrag zu behandeln und Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses gewertet werde, sondern von welchem wir schon wußten, daß aus dem Aufgabenkreis dieses Ausschusses durch eine Willensurkundgebung der gesetzgebenden Körperschaft festgesetzt werde. Wir hätten uns entsprechend der Bestimmung des § 21 der Geschäftsordnung damit begnügen können, einen gewöhnlichen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zu stellen, und Sie hätten selbstverständlich die Möglichkeit gehabt, so wie Sie es auch häufiger getan haben, diesen Antrag abzulehnen. Aber wir wollten, daß bei dieser Gelegenheit auch gleich festgestellt werde, daß es sich um keinen jenen gewöhnlichen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses handelt, sondern daß der Ausschuss eine wichtige Funktion zu verrichten hätte.

Sie haben sich hinter die Geschäftsordnung verjagt, die Sie selbst gemacht haben, die Sie dieser gesetzgebenden Körperschaft noch vor ihrer Schaffung aufgetragen haben.

Sie haben gesagt, eine Abstimmung über einen solchen Antrag sei nicht zulässig und es sei ein überflüssiges Bemühen gewesen, eine solche große Anzahl von Unterschriften zu sammeln, um im dringlichen Wege über die uns so wichtig scheinende Frage beraten zu können. Sie haben den Standpunkt vertreten, daß nach der Geschäftsordnung dieses Hauses, die vom Hause eingeführten Ausschüsse sich lediglich mit der Beratung der Regierungsvorlagen oder mit der Beratung von Initiativanträgen zu beschäftigen haben, und daß es nicht angehe, einen Ausschuss einzusetzen, der über diesen Namen hinausgeht, selbst irgendeinen Initiativantrag auszuarbeitet oder eine solche Aufgabe erfüllt, wie wir sie dem Ausschuss zuweisen wollten. Da richte ich nun den Appell nur an jene, die wirklich befreit sind, eine Aenderung der Verhältnisse in diesem Staate herbeizuführen, durch welche ein Zusammenarbeiten der Angehörigen der Klasse ermöglicht wird. Glauben Sie ja nicht, daß die Frage, an deren Lösung wir als Angehörige der Arbeiterklasse genau so interessiert sind, wie Sie selbst, auf dem Wege über den Initiativ-Ausschuss

Gegen die Folgen der Wirtschaftskrise.

protestieren alle Privat- und öffentl. Angestell. Freitag, 17. November 1922 um 7 U. abends im Saal der Schützeninsel

Referenten: Vertreter der Verbände.

Gleichzeitig

Internationale Kundgebung

zum Gedächtnis der denkwürdigen ersten öffentlichen Angestelltenversammlung auf der Schützeninsel vor 25 Jahren.

Referenten: Vertreter des Internationalen Bundes der Angestellten, Delegierte der Bruderverbände Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs und Oesterreichs.

Zentralsekretäre der Angestelltenverbände.

tel schon durch die Grippeepidemie arg dezimiert wurden, stehen jetzt vor dem Nichts, die in Jahrzehnten erworbenen Reserven sind aufgebraucht. Sie können also aus eigenem, so gerne sie es auch einzeln, und in ihrer Gesamtheit nun würden, nichts machen, um die Leistungen während der Arbeitslosigkeit, wenn auch in beschränktem Ausmaße, weiter zu bieten.

dieses Hauses gelöst werden wird und gelöst werden kann. Es ist ausgeschlossen, daß durch einen Initiativantrag, mag er von dieser oder jener Seite kommen, eine Lösung herbeigeführt werden kann. Am allerwenigsten ist es möglich, daß Sie verlangen können, daß von der Minderheit ein solcher Initiativantrag gestellt wird, über den erst ein Ausschuss zu beraten hätte. Wer nun das ehrliche Bestreben, Verhältnisse in diesem Staate zu schaffen, durch die ein Zusammengehen der Klassengegensätze möglich ist, hat, der hatte auch die Pflicht gehabt, für den Antrag zu stimmen, der nichts anderes bezweckt hat, als diese Ausgleichsmöglichkeit herbeizuführen. Die Notwendigkeit haben unsere tschechischen Parteigenossen, die im Hause mit den übrigen tschechischen Mehrheitsparteien gegen unseren Antrag gestimmt haben, im alten Oesterreich erkannt (zu den tschechischen Sozialdemokraten gewandt), aber Sie haben hier von der Verbindung, in der Sie sich befinden, sich nicht lösen können, haben, wie gesagt, gegen den Antrag Stellung genommen, gegen ihn gestimmt, und so einen Weg veramtet, auf dem es möglich wäre, doch mit der Zeit wenigstens zusammenzufinden.

Deswegen habe ich die Äußerungen des Kollegen Dr. Weizner in der politischen Debatte zitiert, um festzustellen, daß es auf der anderen Seite an dem guten Willen gefehlt hat und fehlt, das herbeizuführen, was im Interesse der Klasse notwendig ist.

Redner wendet sich den Vorfällen an der Universität zu und sagt u. a.: An der hiesigen deutschen Universität spielen sich Vorgänge ab, die wir nicht ruhig hinnehmen können und zu welchen es notwendig ist, auch von dieser Stelle aus einige Worte zu sagen. Die Sozialdemokraten haben den Kampf auch für die Hochschulen bereits im alten Oesterreich immer mit aller Entschiedenheit geführt. Für die Hochschulen deshalb, weil wir uns sagten, daß diese Schulen der Weisenden in solche des Volkes umgewandelt werden sollen. Es soll der gesamten Bevölkerung, auch den Angehörigen der arbeitenden Bevölkerung, die Möglichkeit gegeben werden, Hochschulunterricht zu genießen, es sollen die Hochschulen in solche für die Massen des Volkes umgewandelt werden.

Wir haben nicht nur diesen Kampf geführt, sondern sind auch stets für die Lehrfreiheit an den Hochschulen eingetreten, mit aller Schärfe, mit allen Mitteln zu jeder Zeit.

So wie wir den Kampf geführt haben als Angehörige der Arbeiterpartei, für die Hochschule und für die Freiheiten an der Hochschule, so können wir nicht zulassen, daß jetzt in der Hochschule von einem Teile der Schüler gegen diese Freiheit in einer Form, wie es gegenwärtig der Fall ist, vorgegangen wird. Wir können nicht zulassen, daß ein Klassenkampf in die Hochschule getragen wird.

Es ist selbstverständlich, daß wir die Vorgänge an der deutschen Hochschule mit allem Interesse verfolgen und es ist ebenso selbstverständlich, daß wir die Angelegenheiten, die sich dort abspielen, nicht als eine Angelegenheit nur der Studentenschaft oder der Professoren betrachten können, sondern es ist schon eine Sache, in die auch wir uns gestatten werden, etwas dreinzureden. Das habe ich zu diesem Vorfall zu sagen und erhebe die warnende Stimme gegenüber denen, die sich erfreuen, eine solche Kampfs-

form in das Getriebe der Hochschulen hineinzutragen.

Wie der Voranschlag behandelt wird.

Redner protestiert gegen die Art und Weise wie der Voranschlag, entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung im Hause eingebracht, dem Ausschusse zugewiesen und daseibst durchgepeitscht wurde.

Die Abgeordneten hatten keine Möglichkeit, sich mit den einzelnen Punkten des Voranschlages vertraut zu machen, sie konnten die einzelnen Abschnitte, die gemacht wurden, nicht, und auch ein Rechnungsablauf für die Vorjahre stand nicht zur Verfügung.

Die Herren der Mehrheit um sich viel zu gute darauf, daß wir günstig geboren, das Defizit beträgt 858 Millionen, daß eine Konsolidierung auch der finanziellen Verhältnisse herbeigeführt wird, daß die Ausgaben sinken, und daß wir um 435 Millionen weniger als im Jahre 1922 ausgegeben werden. Sie glauben sogar, den Abgang aus den Einnahmen infolge des Preisabbaues decken zu können. Durch die Krise ist nach unserer Anschauung sicher zu gewärtigen, daß viele der Erwartungen, welche an den Steuerertrag gestellt werden, sich nicht erfüllen werden. Der Finanzminister hat damit bei der Umsatz- und Kohlensteuer gerechnet, nicht aber bei den andern Steuern, wo er meist sogar mit einem Mehrertrag rechnet. Darum glauben wir, daß das Defizit weit größer sein wird, als es im Voranschlag angegeben wird.

Sparen dort, wo es am Plage ist.

Nun haben wir vom Herrn Finanzminister wie auch vom Herrn Berichterstatter und vom Vertreter der Mehrheitspartei immer wieder gehört, es sei Pflicht aller, zu sparen und zu arbeiten. Wir möchten wissen, die der Bevölkerung den Rat geben, zu sparen, nur anempfahlen, mit dem Sparen dort zu beginnen, wo es in erster Linie notwendig und angebracht ist. Der Herr Berichterstatter hat gemeint, es habe die Regierung ihre Pflicht erfüllt und bei Zusammenstellung des Voranschlages gespart, wo immer es nur möglich gewesen ist. Wir sind nun einer anderen Ansicht. Wenn wir uns die Posten des Voranschlages ansehen, so finden wir, daß dort, wo es notwendig und am Plage gewesen wäre, nicht in entsprechendem Ausmaße gespart wurde, und wir finden, wenn wir uns die Posten des Voranschlages ansehen, auch noch etwas Anderes. Nämlich, daß die Herren, die diesen Staatsvoranschlag zusammengestellt und die unangenehme Aufgabe haben, ihn hier vertreten zu müssen, nicht daran gedacht haben, welche Pflichten sie zu erfüllen haben, und wie notwendig es ist, den Forderungen gerecht zu werden, die darauf abzielen, eine Milderung der Erscheinungen der Krise herbeizuführen. Gestart muß in erster Linie beim Militarismus werden. Wir fordern die Abschaffung der Kohlenabgabe, Beseitigung der Umsatzsteuer, Tarifiermäßigungen. Der dadurch zu gewärtigende Erlös kann für den Staat herbeigeführt werden dadurch, daß alle unproduktiven Ausgaben unterlassen werden.

Darum fordern wir auch, daß die Investitionsarbeiten in größerem Umfang in Angriff genommen werden.

Obzwar wir nicht wissen, wie weit das Investitionsprogramm der Jahre 1921 und 1922 durchgeführt wurde, so können wir doch sagen, daß auch hier zum Schaden der Bevölkerung gespart wird. Ähnlich schaden auch die Manipulationsgebühren und Ausführprämien der Bevölkerung.

Wenn wir schon vom Sparen sprechen, können wir nicht umhin, schon in der Generaldebatte

Die Sprache des Diktators.

Die Programmrede des Schwarzhemden-„Revolutionärs“ Mussolini.

Rom, 16. November. (Stefani) Die Regierung Mussolini stellte sich heute dem Parlamente vor. Mussolini sagte unter anderem: Ich erkläre, daß die Revolution ihre Rechte hat. Ich füge hin zu — damit es die ganze Welt wissen soll — daß ich hier bin, um die Revolution der Schwarzhemden (d. i. der Faschisten) zu schützen und im höchsten Maße zur Geltung zu bringen, um sie als eine Kraft der Entwicklung, des Fortschrittes und des Gleichgewichtes in die Geschichte des Volkes einzuführen. Ich habe mir Grenzen gesetzt, indem ich mir sagte, daß die höchste Weisheit ist, nach einem Siege nicht die Besonnenheit zu verlieren. Mit 300.000 vollkommen ausgerüsteten, zu allem entschlossenen und mit Begeisterung meinen Befehlen ergebenden jungen Leuten konnte ich alle bestrafen, welche verleumdeten und den Faschismus schmähen wollten; ich konnte das Parlament schließen und ich konnte ein Kabinett ausschließlich aus Faschisten zusammensetzen. Dies konnte ich tun, aber für die erste Zeit wollte ich dies nicht. Die Feinde blieben in ihren Verstecken. Ich habe das Koalitionsministerium nicht deshalb gebildet, um im Parlamente die Majorität zu haben, die ich nicht benötige, aber um über den Parteien alle zu

vereinigten, die den Wunsch haben, die Nation aus der Gefahr zu erretten. — Mussolini dankte Johann seinen Mitarbeitern und den Massen, welche für die faschistische Bewegung gearbeitet haben, und spendet dem König war mes Lob, da dieser gegen alle reaktionären Versuche Stellung ergriff, den Bürgerkrieg abgewehrt hat und in die erschaffensten Blutsopfer des parlamentarischen Staates neues faszistisches, aus dem Kriege hervorgegangenes und durch die Siege entflammtes neues Blut zuführte. Von der Regierung wird gewöhnlich ein Programm verlangt, aber um Programme ist in Italien keine Not, sondern an Leuten, mit dem Willen, sie durchzuführen. Die jüdische Regierung aber vertritt diesen festen und entschlossenen Willen. Auf die auswärtige Politik übergehend, sagte der Ministerpräsident: Ich glaube, daß durch das, was ich sage, jährliche Befürchtungen vor unserer auswärtigen Politik, welche auf folgenden Grundlagen ruht, schwinden werden: Die Friedensverträge, mögen sie mit gut oder schlecht sein, müssen, sobald sie unterschrieben und ratifiziert wurden, durchgeführt werden. Einen anderen Standpunkt für einen ehrwürdigen Staat gibt es nicht.

auf eine äußerst auffällige Post in dem Voranschlag hinzuweisen. Sparen, und sparsam finden wir im Kapitel „Ministerpräsidentium“ unter den Ausgaben für den Ministerpräsidenten eine Post, mit der Sie in den Voranschlägen bisher gekommen sind, nämlich den Dispositionsfond. Den Replikationsfond haben wir diesen Fonds schon im alten Oesterreich beigegeben und mit aller Schärfe und Entschiedenheit gegen solche Fonds Stellung genommen. Nicht weniger als 8 Millionen Kronen sind es, die als Dispositionsfond zur freien Verfügung des Ministerpräsidenten gestellt werden.

Im alten Oesterreich waren diese Beträge, die wir, und nicht nur wir, sondern Sie mit uns, mit aller Entschiedenheit bekämpft haben, bedeutend geringer, als der Betrag, der jetzt eingestell ist.

Redner verweist darauf, daß die Posten „Präsident der Republik“, „Kanzler des Präsidenten der Republik“, „Rationalisierungsamt“ usw. Steigerungen aufweisen. Sehen wir uns aber an, wo gespart wird. Da finden wir, daß beim Ministerium für soziale Fürsorge keine solche Steigerung aufzuweisen ist. Für dieses Ministerium wurde im Jahre 1920 688, für 1923 nur mehr 735 Millionen angefordert, also hier kein Plus, sondern ein Minus von 252 Millionen gegenüber 1920. Wenn wir uns nun diese Posten ansehen, kommen wir darauf, daß wir alle Ursache haben, gegen dieses Sparsystem, das von Seite des Herrn Raschin und seiner Parteien entwickelt wird, Stellung zu nehmen. Er ist selbstverständlich, daß wir mit einer solchen Sparerei nicht einverstanden sein können, im Gegenteil alle Ursache haben, gegen ein solches Sparsystem Stellung zu nehmen.

Ähnlich verhält es sich beim Kapitel „Gesundheitsministerium“, nicht anders beim Kapitel für öffentliche Arbeiten. Es werden unsere Redner in der Spezialdebatte die Möglichkeit haben, und von ihr auch Gebrauch zu machen, unsere Beschwerden zu diesen Kapiteln eingehend zum Ausdruck zu bringen.

Notstandsarbeiten.

Redner beschäftigt sich mit dem Investitionsprogramm und wendet sich dann den Notstandsarbeiten zu. Die Gemeinden, die Bezirke wenden sich an die Ministerien, verlangen die Herrichtung und die Erbauung von Straßen, fordern die Regulierung von Flüssen und Bächen, verlangen, daß Arbeitsgelegenheit geschaffen werde, damit die Arbeitslosigkeit gebannt oder wenigstens gemindert werden könne. Wir brauchen nicht wiederholt zu versichern, daß wir nicht in erster Linie für die Arbeitslosenunterstützung sondern für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten sind und daß die Bedienung, da fehlen die Posten, die im Voranschlag einzustellen eine unbedingte Notwendigkeit gewesen wäre. Die Gemeinden, die Bezirke haben nicht die Mittel und es genügt nicht, wenn man die Arbeitslosenunterstützung zu diesem Zwecke zur Verfügung stellt, sondern es ist notwendig, schon einen höheren Aufwand zu leisten, als es der Fall gewesen ist. Der Herr Finanzminister hat, wie ich bereits vorher erwähnte, zugeben müssen, daß die Krise noch von einer ziemlich langen Dauer sein werde. Wir fürchten, daß die Krise einen noch weit größeren Umfang, als sie schon hat, annehmen wird und daß es ausgeschlossen ist, mit dem Betrage, den wir heute zur Verfügung haben, im nächsten Jahre das Auslangen zu finden. Wir haben die Erhöhung der Arbeitslosenpost von 75 auf 150 Millionen gefordert. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Redner schließt:

Wenn Sie unsere sachliche Kritik des Voranschlages berücksichtigen, werden Sie es begreiflich finden, daß wir schon aus rein sachlichen Motiven alle Ursache hätten, in schärfster Form gegen diesen Voranschlag Stellung zu nehmen. Wir haben aber auch prinzipielle Gründe, die wir bereits gelegentlich der Debatte, über die Regierungserklärung, näher ausgeführt haben. Es ist daher selbstverständlich, daß wir nichts anderes tun können, als unser Mißtrauen und unsere Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen durch Ablehnung des Voranschlages. (Lebhafter Beifall auf den Bänken unserer Genossen.)

Tages-Neuigkeiten.

Die Qualifikation der deutschnationalen Studenten. Der Ausschuss der Berliner Studentenenschaft, der aber nur die deutsch-völkischen Gruppen umfaßt, hat die offizielle Beteiligung an der Herbst Hauptmannsfeier abgelehnt. In der Sitzung des Ausschusses durfte ein Redner, ohne daß man ihn entfernte, ausführen: Hauptmann habe durch sein politisches Hervortreten das Vertrauen seiner Volkstreue verloren und könne als Republikaner nicht mehr für einen charaktervollen Deutschen gelten. — Ueber dieses „Urteil“, das sich die alldeutschen „nationalen“ Jungen über Deutschlands größten Dichter erlauben, braucht man nicht viel Worte verlieren. In Berlin, in Wien, in Prag — überall dasselbe Bild des Hochmut, der Arroganz, der Unreife. Daß sie sich dabei zu Bütteln der Reaktion ergeben, bedingt es aber, daß sie mit der Qualifikation des Unernstes und der Ueberbegehr allein nicht abgerichtet werden können. Genosse Dr. Eisler hat die Kommissionen der Prager antisemitischen Studenten in Wien in der stürmischen Donnerstag-Sitzung des Nationalrates als „Laudablen“ bezeichnet. Die Kammer der deutschen Studentenschaft verlangte, daß Dr. Eisler sich entschuldige. Dieser nimmt aber, wie verlautet, die Bezeichnung nicht zurück. So bleibt es also vorläufig dabei.

Antisemitische Studentenausführungen auch in Budapest. Dienstag abends war die in der Budapestener Tierärztlichen Hochschule untergebrachte Preßburger Universität der Schauplatz bestiger antisemitischer Ausschreitungen. Die jüdischen Hörer, die an einem Vortrage im physiologischen Laboratorium teilgenommen hatten, wurden nach Verlassen des Laboratoriums im dunklen Garten der Hochschule mit Steinen und Schlagringen überfallen und blutig geschlagen. Die Angegriffenen sandten eine Deputation zum Dekan, der die Bewachung des Universitätsgebäudes in Aussicht stellte. Die Angreifer konnten nicht eruiert werden.

Schweizer Spende für die deutschen Schriftsteller. Dem Reichspräsidenten sind unter Vermittlung des deutschen Gesandten in Bern durch die schweizerisch-deutsche Hilfskommission 25 Millionen Mark zur Einlösung der Rot der deutschen Redakteure, Journalisten und Schriftsteller überwiesen worden. Der Reichspräsident hat nach Verständigung mit den Interessensvertretungen des deutschen Schrifttums die Spende an die Zentralorganisation des deutschen Schrifttums verteilt, die in der sozialen Fürsorge für Redakteure, Journalisten und Schriftsteller eine ihrer Hauptaufgaben sieht. Ein kleiner Teil der Spende ist für Zwecke der in Gründung begriffenen Notgemeinschaft der deutschen Kunst, Abweisung Schrifttum, und für besondere Fälle einstweilen zurückbehalten worden.

Gerhart Hauptmann und die russischen Schriftsteller. Auf eine Initiative des vor kurzem in Berlin organisierten Klubs der russischen Schriftsteller hin luden die in Berlin wohnenden russischen Schriftsteller eine Begrüßungsadresse an Gerhart Hauptmann zu seinem 60. Geburtstag. Die Adresse ist von einigen bekannten russischen Namen wie Maxim Gorki, Remisoff, Verch, Tschirnikoff und anderen unterzeichnet. In der Adresse heißt es u. a.: „Möge unsere gemeinsame Liebe zu Goethe, Tolstoi, Dostojewski und Hauptmann zu einer wahrhaften Verbindung zwischen dem deutschen und russischen Volke werden.“

Der „Avant“ erscheint wieder. Aus Mailand wird unter dem 14. November gemeldet: Der „Avant“ wird heute zum ersten Male wieder erscheinen.

Die sieben Judenburger Arbeiter enthaftet. Die sieben Arbeiter, unter ihnen der Judenburger

Copyright 1922 by Der Wall-Verlag, Berlin-Gatow.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (17) Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Weshalb tat ich es? Ich glaube, weil ich gesehen hatte, wie die Menge vor ihm zurückgewichen war, da er, das Kind in den Armen, dem Hause zustrebte. Ich wußte, allein könnte ich nichts tun, und che ich einen Polizisten fände, wäre es zu spät. Ich berückelte Zimmermann, was sich ereignet, und er lief auf die Straße hinaus.

Es war wie ein Zauber. Diesen armen Ausländer, die zum größten Teil Katholiken waren, kan er nicht wie ein Sinschaulpide: ver, sondern er war für sie ein was Bezeichnendes, Wunderbares. Er lief her zu, streckte die Arme aus, und sie haben ihn an Weg frei; und da er zu den Bedrohten kam, hielt er über sie die Arme; das war alles.

Es sei denn, daß er es natürlich nicht unterließ, ein Nebe zu halten. Da er Vertie Stebbins das Ziel erreicht hatte, war es nur gerecht, daß man ihm nun seinen Willen ließ, und daß ein Mitglied der neuen Generation schweigend der Rede lauschte, den politischen und sozialistischen Ausführungen, die dieses allerdings äußerst peinlich berührten mußten. Und Vertie lauschte auch wirklich, ich glaube, er hätte nicht einmal dann etwas gesagt, wenn dies nicht ohnehin durch den Schlag, den er ins Gesicht bekommen hatte, unmöglich gemacht worden wäre.

„Meine Freunde,“ sagte Zimmermann. „Was für einen Sinn hat es, diese Elenden zu töten? Der Blutfänger, die sich vom Leben der Armen nähren, sind so viele, daß sie mit Schlägen allein nicht aus der Welt geräumt werden können. Es wachsen immer neue nach. Und was noch ärger ist: wenn ihr sie tötet, so zerstört ihr

in euch selbst das, was euch über sie erhöht, euch das Recht zum Leben gibt. Ihr zerstört die Tugenden der Güte und der Geduld, die die Juwelen der Armen sind und sie im Reich der Liebe zur Königin machen. Lasset uns unsere Krone des Erbarmens bewahren und uns nicht die Krone unserer Unterdrücker aneignen. Lasset uns wachsen an Weisheit, um der Sklaverei der Welt ein Ende bereiten zu können, ohne unsere eigenen Herzen erniedrigen zu müssen. Seit so vielen Jahrhunderten haben wir Geduld geübt, lasset uns noch ein Weilschen warten, um den rechten Weg zu finden. O mein Volk, meine geliebten Armen, in der Solidarität der Unterdrückten, in unserem Brudertum liegt der Weg. Wir wollen die Reichen der sicheren Verdammnis, die ihrer harrt, zutreiben lassen, wollen nicht unsere Hände mit ihrem Blut beschmutzen.“

Abermals streckte er die Arme aus, majestätisch. „Jarück! Laßt sie gehen!“ Nicht alle hatten seine Worte verstanden, jene jedoch, die es getan, gaben das Beispiel. Totenstill zogen sie sich vom Automobil zurück. Die Leiche des Kindes war, mit einem Ruck bedeckt, auf das Trottoir gelegt worden. Zimmermann sprach zu der Familie Stebbins: „Der Weg ist frei. Steigt ein.“ Halb betäubt gehorchten die vier, und Zimmermann erhob abermals die Stimme: „Zäuser des Menschenblutes, Kreiser der Menschlichkeit, geht eurer Wege. Gehet dem Verderben entgegen, das die Geschichte den Parasiten bereitet hat!“

Der Motor begann zu surren, der Wagen setzte sich in Bewegung. Leises Murren klang aus der Menge, ein Stöhnen der Wut und der enttäuschten Begierde, aber seine Hand hob sich. Das Automobil verschwand. Zimmermann stand noch immer auf der Straße, hielt den Dago's und Greasers) eine sozialistische Rede.

1) Dago's, amerikanische Argobenebenung für Italiener. 2) Greasers, amerikanische Argobenebenung für Mexikaner.

21.

Er verstimmt erst, als sich eine Frau zu ihm verdrängte, eine seiner Hände ergriff. „Derr, mein Baby,“ schluchzte sie. „Der Kleine, der verlegt wurde.“ Zimmermann wandte sich an die Menge. „Das kranke Kind bedarf meiner, ich muß gehen.“ Sie folgten ihm, er jedoch sprach: „Ihr dürft nicht ins Zimmer kommen. Das Kind braucht Luft.“ Er betrat das Zimmer, leierte vor dem Lager nieder und legte dem Kind die Hände auf die Stirn. Die Mutter, eine jare, dunkle Mexikanerin, sauerte im Aufende des Bettes, wagte weder den Mann noch das Kind zu berühren, starrte von dem einen zum anderen, rang in verzweifelter Angst die Hände.

Der Kleine öffnete die Augen, blinnte empor. Aufscheinend gefiel ihm, was er sah, denn ein Lächeln kam auf sein Gesicht, ein schynsüchtiges, jartliches, unsäglich trauriges kleines Lächeln, das Lächeln eines Kindes, das während seines ganzen Lebens kein einziges Mal satt geworden ist. „Guter Mann,“ flüsterte es. Die Frau griff, die Stimme des Kindes vernehmend, heftig schluchzend nach Zimmermanns Hand, ihre Tränen stoffen darauf. „Es ist alles gut,“ sagte er. „Alles gut. Es wird genesen. Fürchte dich nicht.“ Er lächelte dem Kinde zu. „Nun ist es schon besser, du wirst keine Schmerzen mehr haben.“ Und zu mir sagte er: „Gibt es etwas Schöneres als ein Kind?“

Die Leute, die vor der Tür standen, berichteten den anderen, was geschehen war, erregte Rufen werden laut, dazwischen tönte eine Frauenstimme, die um Einlaß bat. Die Menge machte Platz, die Frau trug in den Armen ein Bündel, das sich, enthüllt, als krankes Kind erwies. Ich weiß nicht, was ihm schle, auch die Mutter wußte es wahrscheinlich nicht, und Zimmermann schien es einerlei zu sein. Die Frau fiel ihm zu Füßen, betete ihn an, er aber gebot ihr aufzustehen, nahm das Kind in die Arme,

blinnte in sein Gesicht und betete. Als er wenige Augenblicke später der Mutter das Kind zurückgab, betrachtete sie es. Etwas hatte sich ereignet, oder zumindest glaubte sie, daß sich etwas ereignet habe, denn sie stieß einen Freudentuf aus. Sie abermals zu Zimmermanns Füßen nieder, griff nach dem Saum seines Gewandes und begann es zu küssen. Das Geruch verbreitete sich mehr und mehr Leute drängten herbei, bald kamen in das kleine Zimmer die Lahmen, die Tauben, die Blinden.

Ich hatte unlängst über die Wunder von Lourdes gelesen, wußte, was ich hier erwarten dürfe, wußte, daß die moderne Wissenschaft diese Art der Heilung rechtfertigt, indem sie beweist, daß eine starke Beeinflussung des Unterbewußtseins neue Lebenskräfte zu erwecken vermag, und dies nicht bloß bei den Hysterischen und Neurotischen, sondern bei weitem auch bei rein körperlichen Leiden. Natürlich regte diese unwissenden Mexikaner und Italiener Zimmermanns seltsame Erscheinung am meisten auf. Wie gesagt, ich begriff alles vollkommen — dennoch erschütterte es mich in einer merkwürdigen beunruhigenden Art.

Ich sollte für meine unbehaglichen Gefühle eine Gefährtin bekommen: die Menge machte plötzlich Platz, und Mary Magna erschien im Zimmer. Sie sprach kein Wort, stellte sich still abseits, verharrte reglos. Die Leute betrachteten sie verstohlen, hielten sie wohl infolge ihrer fremdartigen dunklen Schönheit und kostbaren Kleidung für eine ausländische Prinzessin. Ich trat zu ihr, fragte flüsternd: „Wie kamst du her?“ Sie erklärte, sie sei, da wir nicht ersähen wären, zu den Stebbins gefahren, hätte dort alles gehört. „Sie warnten mich, ich möge nicht bekommen, dieser Mann sei ein furchtbarer Völkswir, habe dem Mob eine entsetzlich blutdürstige Rede gehalten. Was sagte er eigentlich?“

(Fortsetzung folgt.)

Parteiekretär Chalonpa, wurden bereits ent-

Blünderungen in den Vororten von Köln.

Der Hunger in Russland. Nach einer Mit-

Drei neue Todesopfer der tschechischen Fi-

Ein Todesopfer des Alkohol. Am vergan-

Errichtung einer Tuberkulose-Klinik in Preß-

Die Auslandspropaganda. Das Tsch. Pr.

Verurteilungen wegen Wucher. Die Staatss-

Kleine Chronik.

Radiotelephonischer Zeitungsdienst in London.

Bootsunglück im Mannheimer Hafen.

Häuserüberfälle in China.

Gerichtssaal.

Der gefährliche Doppeltgänger.

Prag, 16. November. Franz Pošta aus Prag-

Eines schönen Tages im Juli sollte Herr Pošta

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Für die Gewährung zinsfreier Darlehen an die Krankenkassen.

Die Abgeordneten Genossen Laub, Schä-

Dem Ministerium für soziale Fürsorge wird

Die ein zinsfreies Darlehen beanspruchenden

Die Kassenverbände haben diese Eingaben

Das Darlehen ist jenen Krankenkassen zu

Die Darlehen werden auf die Höchstdauer

Die übrigen Bestimmungen enthalten die

Verbreitet den „Sozialdemokrat“!

bei den Krankenkassen. Dieser Abteilung hat jede

Die Kollage der Krankenkassen.

Im Motivenbericht zu diesem Antrage wird

Es steht zu befürchten, daß diese Kranken-

Der wirtschaftliche Zusammenbruch der

An der Erhaltung der Krankenkassen hat

Die Regierungsvorlage über Wechselakzept

Devi enturje.

Die tschechische Krone notiert in:

Prager Kurie.

Table with 3 columns: Currency, Gold, Ware. Includes entries for 100 holl. Gulden, 100 Mar., etc.

Bücher Schenkung.

Table with 2 columns: City, Amount. Includes entries for Berlin, Wien, Prag, etc.

Kunst und Wissen.

Arbeitervorstellung „Das vierte Gebot“.

Reiner Theater. Heute, den 17.: „Der Barbier

Kleine Bühne. Heute, den 17.: „Totentanz“;

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz Bergreichenstein findet am

Turnen und Sport.

Die Wiener Wettspiele vom Mittwoch (Beapodl-

Die olympischen Spiele in Göteborg (Schweden)

Vereinsnachrichten.

Villige Mittelmeerreise 1923. Die Sektion Prag

Annahme: Sektionsleiter Revident Franz Sto-

Rein der deutschen Staatsangehörigen. An

Touristenverein „Die Natur-

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.

Bio-Programm vom 17. November bis 23. November.

Bio Sanssouci Dr. Mabuse, der Spieler. II. Epoche. Lido-Bio Viktor Hugo's unsterblicher Roman „Dreihundertneunzig“.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben. Goldenes Kreuzel, Prag-Neuzanta. Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“.

Teplitz-Schönau. CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKÁ UL. 7. hat Stoffe, Maufakturwaren, Wäsche.